Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Richard Ilge, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 164. **Halle, Freitag den 19. Juli 1918.** **2. Jahrgang.**

Worauf es ankommt.

Die Internationale Korrespondenz schreibt:

Der Abgeordnete für Leipzig-Land, Fritz Geyer, sagte in seiner Erklärung zur Abstimmung über die Kriegskredite: „Der Krieg ist niemals ein Verteidigungskrieg gewesen. Er war und ist ein Eroberungskrieg mit imperialistischen Zielen." Zunächst: das Unterscheidungsmerkmal zwischen Eroberungs- (also Angriffs-) und Verteidigungskrieg ist, wie Kautsky dargelegt hat, schwer erkennbar. Die Stellungnahme der Sozialdemokratie kann nach Kautsky davon abhängig gemacht werden. Das Mehr oder Weniger an Schuld einer Regierung könne nicht entscheidend sein. Nicht für diese, für das Volk, für die Erhaltung des Vaterlandes als des „gemeinsamen Kulturrahmens" kämpfe das Proletariat an der Seite der übrigen Volksgenossen. Die Unabhängigen haben ja bekanntlich wiederholt erklärt, daß sie die Vaterlandsverteidigung als sittliche Pflicht anerkennen. Die platonischen Versicherungen nützen allerdings wenig, wenn sie in der Praxis durch Ablehnung der notwendigen Mittel und sonstige, die Verteidigung lähmende Handlungen durchkreuzt werden.

Wer war in diesem Kriege der Angreifer, der auf Eroberungen Ausgehende? Ohne Zweifel war Deutschland Rußland gegenüber der angegriffene Teil. An Frankreich erklärte Deutschland den Krieg, weil dieses mit Rußland verbunden war. Und England zog gegen uns in den Kampf, obwohl es keinen Angriff von uns zu befürchten hatte. In diesen Fällen ist es schließlich noch gerade erlaubt, es für zweifelhaft zu halten, ob Verteidigungs- oder Eroberungskrieg vorliegt. Wenigstens sind am Anfang alle beteiligten Völker des Glaubens gewesen, sich in der Abwehr zu befinden. Einen glatten Eroberungskrieg aber haben von Anbeginn Italien und Rumänien geführt. Bei diesen Ländern war die niederste Beutegier das einzige Motiv, sich in den entsetzlichen Krieg zu stürzen. Und für Japan war die deutsche Besitzung Kiautschau das lockende Ziel, während die Australier sich die deutschen Inseln in der Südsee aneigneten, um sie auch in Zukunft nicht mehr herauszugeben. In gleicher Weise verfügen die Buren bereits über Südwestafrika. Außerdem sind im Laufe der Zeit noch eine ganze Anzahl Staaten von der Entente gezwungen worden, sich dem „heiligen Krieg" gegen die Barbaren anzuschließen.

Die Unabhängigen pflegen hiergegen aber einzuwenden, daß sich die Situation geändert habe. In der Tat ist Rußland und Rumänien niedergeworfen. Im Westen stehen unsere Heere weit drinnen in Feindesland. Unsere Grenzen sind gesichert. Wären sie es nicht, stünde der Feind auf deutschem Boden, würde selbst Ledebour die Kredite bewilligen. Genau so wie jetzt die italienische sozialdemokratische Partei, die zu der offenen Eroberungspolitik ihrer Regierung in schärfster Opposition gestanden hat, in der Not des Vaterlandes zu ihrem Volke steht und den Verteidigungskrieg mit organisieren hilft.

Die Sicherung der Grenzen war aber nur eine der Voraussetzungen, unter denen die deutsche Sozialdemokratie schon am 4. August 1914 die Bereitschaft zum Frieden forderte. Dabei hat sie wohl kaum im Auge gehabt, daß die deutschen Heere nur genau die Grenzlinie besetzt halten dürften. Wäre die „Sicherung der Grenzen" nur in so buchstäblichem Sinne geschehen, Deutschland wäre längst erdrückt, dem verhältnismäßig kleinen Lande wäre die Luft ausgegangen.

In der Erklärung, die der damalige Fraktionsvorsitzende der sozialdemokratischen Partei, Herr Haase, am 4. August 1914 abgab, wird für die deutsche Friedensbereitschaft eine zweite Voraussetzung gefordert, nämlich: die Gegner müssen zum Frieden geneigt sein. Das sind aber unsere Gegner auch heute noch nicht. Sie erklären im Gegenteil noch fortgesetzt, auch nach den letzten Erklärungen des Reichskanzlers, daß sie an Friedensverhandlungen nicht denken. Die Vernichtung Deutschlands gilt heute noch als ihr Kriegsziel. Solange dies geschieht, kann von einer Freigabe des besetzten Gebietes keine Rede sein. Es muß bei dieser Sachlage über das engere Ziel — Sicherung des eigenen Gebietes — hinaus alles getan werden, um den Feind zu einem Frieden zu zwingen. Das ist die Logik, die brutale Logik des Krieges.

Gewiß gibt es in Deutschland Leute, die Gebietserweiterungen fordern, also auf Eroberungen ausgehen, die sich auch jetzt wieder bemühen, den letzten Erklärungen des Reichskanzlers eine Deutung zu geben, als ob dieser doch nicht endgültig auf eine Annektion Belgiens verzichtet habe. Für diese unverantwortlichen Kriegshetzer kann aber allerdings die allein verantwortliche Stelle, die deutsche Regierung, nicht verantwortlich gemacht werden.

Der Meinungsstreit über die Kriegsziele besteht auf beiden Seiten der Kampffronten. Entscheidend ist die Haltung und sind die offiziellen Erklärungen der verantwortlichen Staatsleiter. Diese sind aber von deutscher Seite aus in bezug auf den Westen durchaus nicht so, daß sie die schroffe Ablehnung der Entente auf Anknüpfung von Friedensverhandlungen rechtfertigten. Der Hinweis auf den „gewalttätigen Ostfrieden", der die Entente befürchten ließe, daß Deutschland gegen die Westmächte in gleicher Weise vorgehen könne, ist durchaus hinfällig. Die Entente hat gegenüber Deutschland wichtige „Faustpfänder" in der Hand und ihre Heere sind nicht in der Auflösung, wie es die russischen waren. Es bleibt dabei: Die Gegner wollen den Frieden nicht, jetzt noch nicht, weil sie die Niederlage Deutschlands wollen. Gegen diesen Willen, der noch ungebrochen, und der, je länger je mehr doch zu bedrohlicher Tatsache werden könnte, müssen wir unser Volk zu schützen suchen durch verteidigenden Angriff.

Die englischen Gewerkschaften und der Krieg.

Von Sidney Webb.

J. K. Seit 25 Jahren verfolge ich die Entwicklung der englischen Trade Unions, deren Mitgliedschaft von 1,5 Millionen auf 5 Mill. gewachsen ist, und noch nie war ich Zeuge einer derartigen Uebereinstimmung über eine öffentliche Frage wie über diesen Krieg. Es gibt wohl einige Opponenten und Kritiker, aber das ist unvermeidlich und ändert nichts an der Sache. Ueber die Grundfrage, ob dieser Krieg gerecht und nötig, ob der Krieg fortgesetzt werden muß, um die Zukunft der Weltdemokratie zu sichern, kann ich erklären, daß die englische Gewerkschaftsbewegung von ein und demselben Gefühl durchdrungen ist. Die fünf Millionen Männer und Frauen, die zur Verteidigung ihrer Interessen organisiert sind, stimmen in dieser Beziehung (in der Kriegsfrage) viel besser miteinander überein als über irgendeine andere politische Frage.

An welchen Zeichen kann man diese Einstimmigkeit erkennen?

Es gibt im Vereinigten Königreich über 1000 voneinander unabhängige gewerkschaftliche Organisationen. Als die britische Regierung in den Krieg eintrat, um Belgien zu Hilfe zu kommen, haben sämtliche Gewerkschaften mit gleicher Begeisterung die Entscheidung der Regierung gebilligt. Keine einzige sprach sich gegen die Maßnahme aus. Bald wurde es nötig, von den Gewerkschaften zu verlangen, daß sie auf ihre Gebräuche und Gepflogenheiten verzichten, damit die Munitionsherstellung ausgedehnt werden könnte. Die Gewerkschaftsleiter wurden zu einer Besprechung mit dem Ministerpräsidenten und andern Ministern eingeladen. Es wurden von ihnen große Opfer für die Dauer des Krieges verlangt. Keine einzige Gewerkschaft lehnte ab. . . . Weiter: obgleich die Gewerkschaften absolut gegen die allgemeine Wehrpflicht sind, haben sie sich dennoch damit abgefunden, nur um die Regierung in ihrem Kampfe gegen das Germanenreich nicht zu schwächen. . . . Im vergangenen Jahre wurden sie unzufrieden mit der Haltung der Entente-Regierungen gegenüber den Kriegszielen. Sie beschlossen daher, ihre eigenen Kriegsziele zu formulieren. Dies geschah vorerst durch die Führer der Arbeiterpartei, dann durch die Vertreter des Gewerkschaftskongresses, schließlich durch einen allgemeinen Kongreß der Arbeiter. Diese Erklärung der Kriegsziele, die im Prinzip von der britischen Regierung angenommen wurde, verurteilt in entschiedener Weise die angreifende (!) Politik Deutschlands. Sie erklärt, daß es notwendig sei, den Krieg fortzusetzen, bis die Bedingungen eines demokratischen Friedens gesichert sind. . . . Auf Grund der unwiderstehlichen Kraft dieser Erklärung hielt es die englische Arbeiterklasse für angemessen, ihren Standpunkt den deutschen und österreichischen Arbeitern über die Köpfe ihrer Regierungen hinweg darzulegen. Wir sind nicht der Ansicht, daß man sich einzig und allein auf die Entscheidung durch das Schwert verlassen soll. Wir sind zur Fortsetzung des Kampfes bereit, aber wir wollen, daß die feindlichen Völker genau wissen, wofür wir kämpfen. Zu diesem Zwecke wurde die Erklärung der Kriegsziele von der Arbeiterpartei und von der Konferenz der alliierten Sozialisten angenommen. Das ist noch jetzt die unerschütterliche Ueberzeugung der englischen Gewerkschaften. Und da die letzteren, ebenso wie die Arbeiter Frankreichs, Italiens und Belgiens, allem Imperialismus feindlich gegenüberstehen, so blicken wir in jedem Lande diejenigen Klassen, die insgeheim mit dem Kapitalismus oder dem Imperialismus sympathisieren, mit scheelen Augen auf die Kriegsziele der Arbeiterpartei.

Die englische Gewerkschaftsbewegung ist entschlossen, keine Maßnahmen der Regierung oder der Kapitalisten zu dulden, die darauf hinauslaufen, die Arbeiter in einem Zustand wirtschaftlicher Abhängigkeit zu erhalten. Sie ist entschlossen, Vertreter im Unterhause zu haben, — gegenwärtig sind es ihrer nur 35, während die zehnfache Zahl nötig ist. Zu diesem Zwecke wird sie bei den nächsten Wahlen die größtmögliche Zahl von Kandidaten aufstellen. Sie wird mit keiner kapitalistischen Partei Kompromisse schließen in Fragen, die die Arbeiterinteressen betreffen. Ihr Wahlprogramm wird bestehen aus der von der alliierten Sozialistenkonferenz angenommenen Kriegszielen sowie aus einem eingehenden Plan des sozialen Wiederaufbaues nach dem Kriege.

Zusammenfassend darf gesagt werden: Die englischen Gewerkschaften werden ihre selbständige Politik den kapitalistischen Parteien gegenüber bewahren; sie werden bei den nächsten Wahlen die größtmögliche Zahl von Kandidaten aufstellen, aber sie werden — wie seit vier Jahren — einstimmig für die tatkräftige Fortsetzung des Krieges eintreten, bis ein Friede erlangt ist, der die Zukunft der Weltdemokratie sichert."

•

Wenn die gewünschte „Weltdemokratie" in der Errichtung eines Völkerbundes und Schaffung von Einrichtungen zur Verhütung künftiger Kriege bestehen soll, dann hätten die englischen Gewerkschaften nicht nur die deutschen und österreichischen Sozialdemokraten, sondern auch deren Regierungen an ihrer Seite und die Friedensverhandlungen hätten schon längst ihren Anfang nehmen können. Wenn dies bisher nicht der Fall war, so lag das daran, daß nicht nur die englische Regierung, sondern auch die englischen Gewerkschaften und die Arbeiterpartei noch andere Forderungen in petto haben, die mit der sogenannten Weltdemokratie nichts zu tun, dagegen aber den Bestand der Mittelstaaten auf das tiefste berühren.

Deutschland und Rußland.

Alle aus Rußland zu uns kommenden Nachrichten beweisen, daß die Bolschewisten noch immer einen schweren Kampf um ihre Herrschaft gegen erbitterte Feinde zu führen haben, und daß die Gegensätze zwischen den Klassen keineswegs ausgeglichen sind. Die Entente ist nicht müßig und sucht ihre schwerbedrohte Westfront durch Schaffung einer neuen Ostfront zu entlasten. Die Bolschewisten brauchen den Frieden und halten an ihm fest. Daß es nicht Deutschfreundlichkeit ist, die sie dazu veranlaßt, beweist Lenin, der auf dem am 4. Juli eröffneten Kongreß der Arbeiter- und Bauernräte ausführte: „Wenn wir auch noch lange Monate des Leidens durchmachen müßten, während der man uns noch größere Stücke aus unserem lebendigen Organismus herausschneiden wird, wenn auch unser Volk noch Opfer bringen wird, wie es sie schon gebracht hat, so werden doch unsere Feinde sich so schnell dem Abgrunde nähern, daß sie zugrunde gehen und nicht wir. Wenn wir noch drei Monate, noch sechs Monate, noch einen Winter hindurch die Arbeit leisten können, die nicht auf den Effekt, sondern auf die Erzielung wirklicher Früchte gerichtet ist, so werden wir vorwärtskommen. Das westeuropäische imperialistische Ungeheuer aber wird vom Kampfe ermattet eine solche Erschöpfung nicht ertragen, weil in ihm Kräfte heranreifen, die bisher an sich selbst nicht glauben, die aber den Imperialismus ins Verderben führen werden . . ."

Die deutsche Regierung hat demgegenüber natürlich alles Interesse, das von der Entente sehnlichst gewünschte Wiedererstehen einer neuen Ostfront zu verhindern und den Sturz der Bolschewisten zu verhüten. Man könnte Bände füllen, wenn man alle Versäumnisse und Fehler, die in dieser Hinsicht gemacht worden sind, registrieren wollte.

Die deutsche Regierung wird nun auf den in Berlin beginnenden Wirtschaftsverhandlungen mit den Vertretern der Räteregierung Gelegenheit haben, ihre freundlichen Gesinnungen gegenüber Rußland zu dokumentieren und die stark anschwellenden Hoffnungen der Entente auf die Neuschaffung einer Ostfront zu zerstören. Der neue Staatssekretär v. Hintze wird bei dieser Gelegenheit seine Meisterarbeit zu liefern und zu beweisen haben, daß er wirklich der Tausendsassa ist, als der er uns seit vierzehn Tagen angepriesen wird. Die deutsche Regierung wird zeigen müssen, daß sie sich nicht in die inneren Verhältnisse Rußlands mischen will, daß sie keine weiteren Eroberungen beabsichtigt, daß sie die Getreide- und Kohlenzufuhr aus der Ukraine und der Krze aus dem Kaukasus nach Rußland nicht gänzlich unterbinden will. Sie wird auf den türkischen Bundesgenossen einwirken müssen, um seinen überquellenden Tätigkeitsdrang im Kaukasus zu zügeln, wozu sie aber nur moralisch legitimiert sein wird, wenn sie selbst auf alle romantischen Duseleien über Estland und Livland verzichtet.

Neutrale Friedensschritte?

In der Schweizer Presse erschelnen römische Telegramme und Informationen von neutralen Diplomaten, die mit Bestimmtheit von einem Kollektivschritt der neutralen Regierungen bei den Kriegführenden anläßlich des fünftes Jahrestages des Kriegsbeginnes sprechen und von einer diesem Schritt parallel laufenden neuen Friedensbotschaft des Papstes.

(Gerüchte, wie so viele schon die letzten Jahre die Völker ganz Europas genarrt haben.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180719-17/fragment/page=0001

Der amtliche Abendbericht.

wtb. Berlin, 18. Juli, abends. Zwischen Aisne und Marne hat der Franzose mit starken Kräften und Panzerwagen angegriffen und etwas Gelände gewonnen. Unsere bereitstehenden Reserven haben in den Kampf eingegriffen.

*

Berlin, 16. Juli. In der Nacht zum 15. Juli schoben sich auch unsere Sturmwagen in die Linie der bereitstehenden Infanterie. Mit den Infanteriestürmen zugleich und teilweise vor ihnen begannen die breitwuchtigen Ungetüme ihre zermalmende Fahrt. Wo der Widerstand des Feindes sich um Nester und Steilhänge gruppierte, griffen sie ein und durchbrachen die Stellung des Gegners. Die Hügel herauf nach Champlat wälzte sich ein deutscher Wagen, unbekümmert um die aus Fenstern und Mauern sprühenden Maschinengewehre. Er half der Infanterie das Dorf durchwühlen und holte die Sturmkompagnie wieder ein, als sie vor dem stützpunktartig befestigten Schloß Champlat halbwegs nach Neuville Halt machen mußten. Dort legte er sich quer vor die Mauern und nahm den Feind unter vernichtendes Feuer, bis die entsetzte Besatzung mit erhobenen Händen zum Tore herauskam.

Rotterdam, 18. Juli. Der Nieuwe Rotterdamsche Courant bemerkt zur Lage, daß die neuen Fortschritte, die die Deutschen in der Richtung des Reimser Berglandes machten, zur Folge haben, daß der Bogen um Reims herum vom Westen her jetzt immer schärfer wird, wodurch jene Stadt in einem immer bedenklicher hervorspringenden Winkel zu liegen kommt. Reuters Privatdepeschen melden, daß bei der Eröffnung der artilleristischen Vorbereitung des deutschen Angriffs in der Nacht vom Sonntag zum Montag die Bewohner von Chalons durch das Platzen eines 42-Zentimeter-Geschosses in der Mitte der Stadt aus dem Schlaf aufgeschreckt wurden. Es ist zwei Jahre her, leidem das letzte Geschoß auf die Stadt gefallen ist.

*

Die Köln. Ztg. meldet von der schweizerischen Grenze: Oberst Repington schreibt in der Morning Post zu der deutschen Offensive: Das Ueberschreiten der Marne auf einer Breite von 15 Kilometern bildet vom strategischen und taktischen Gesichtspunkt aus das bemerkenswerteste Ereignis der Offensive. Indes fragt man sich, ob dieser strategische Vorteil gehalten werden kann. Das Ueberschreiten der Marne beweist die Absicht der Deutschen, ihre Stellungen zwischen der Marne und der Aisne weiter auszubauen, bevor sie den Vormarsch auf Paris weiter aufnehmen. Wenn jenes Manöver gelingt, könnte die Lage der Franzosen längs der Ostgrenze zwischen der Mosel und der Grenze kritisch werden und vielleicht eine Umgruppierung großen Stils nötig machen.

*

Französischer Bericht vom 17. Juli abends. (Verzögert.) Die Schlacht dauert heute mit Erbitterung an. Wir behaupteten die gesamte Front. Westlich Reims ist es dem Feinde trotz seiner Anstrengungen nicht gelungen, seinen Vorteil auszubauen. Unsere Truppen hemmten durch heldenhaften Widerstand und unaufhörliche Gegenangriffe, durch abwechselndes Vorstoßen und Zurückgehen den Druck des Feindes. Südlich von der Marne war es uns im Verlauf der Kämpfe an den Waldhängen nördlich Comblizy und Festigny möglich, den Feind am Südrand des Waldes von Bouquigny und Chatagniers und östlich von Deuilly aufzuhalten. Den Deutschen gelang es, auf dem Mont Voisin wieder Fuß zu fassen. Zwischen Marne und Reims dauert der Kampf nördlich Reuil im Königswalde an, wo die Deutschen eindrangen und den unsere Truppen Schritt für Schritt verteidigen. — Der Wald von Courton ist ebenfalls der Schauplatz heftiger Kämpfe; der Feind wurde westlich Nanteuil—La-Fosse aufgehalten. Pourcy, das Ziel mächtiger Angriffe, die wiederholt erneuert wurden, konnte von den Deutschen nicht erreicht werden. Der glänzende Gegenangriff der italienischen Truppen westlich von diesem Dorfe warf den Feind in das Tal der Ardre zurück. Die vielen feindlichen Toten vor den Linien bezeugen die schweren von unseren Gegnern erlittenen Verluste. Die Lage im Abschnitt Prigny und südwestlich Reims ist unverändert. Oestlich Reims brachen wir den Angriff zwischen Beaumont an der Vesle und Sillery. Unsere Stellungen auf der ganzen Champagnefront blieben unversehrt.

*

Zum Marne-Uebergang.

Mit überraschender Schnelligkeit sind unsere braven Truppen über die Marne gegangen und haben dort in Breite von 12 Kilometer festen Fuß gefaßt. In den frühen Morgenstunden des 17. Juli wurde Dormans erstürmt und gleich diesem Ort fielen trotz heftiger Gegenwehr die Marnedörfer Reuilly, Sauvigny, Courthiezy, Silly, Chavenay, Vassy, Bouquigny und Troissy. In hartnäckigem Ringen mit dem tapfer sich wehrenden Feinde wurde in einem Anlauf der

Höhenlamm erstritten und kämpfend das Vordringen gegen Süden und Osten fortgesetzt. Bereits um die Mittagsstunde war ein großer Brückenkopf geschaffen, Mareuil-le-Port genommen, nördlich anschließend das auf einem Bergkegel liegende Chatillon-sur-Marne umkreist und bald darauf zu Fall gebracht. Heute setzte der Feind, durch neu herangeführte Divisionen verstärkt, nach mehrstündiger Artillerietätigkeit abermals zu großen einheitlichen Gegenangriff gegen unsere ganze Front südlich der Marne an. Am Abend war die Schlacht zu unseren Gunsten entschieden. Unter schwersten Verlusten brachen die Angriffe des Feindes zusammen. Aus kleinen Ortschaften südlich Mareuil, in die der Feind vorübergehend eingedrungen war, warf ihn unser Gegenstoß wieder hinaus.

Der Krieg zur See.

wtb. Berlin, 19. Juli. (Amtlich.) Aus stark gesicherten Geleitzügen versenkten unsere Unterseeboote im Mittelmeer vier Dampfer von rund 16000 Br.-R.-T. Ein Dampfer von mindestens 6000 Br.-R.-T. wurde durch Torpedoschuß schwer beschädigt, konnte aber noch in einen nahen Hafen einlaufen. Außerdem vier kleinere Segler versenkt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Untergang eines japanischen Schlachtschiffes.

Amsterdam, 18. Juli. Reuter meldet aus Tokio: Von den 1100 Personen, die sich an Bord des Schlachtschiffes Kamatschi befanden, das im Hafen von Tokujama infolge Explosion gesunken ist, wurden nur 400 gerettet.

Oesterreichischer Heeresbericht.

wtb. Wien, 18. Juli. Amtlich wird verlautbart:

In Italien keine besonderen Ereignisse.

In Albanien hat der Gegner die Fühlung mit unseren Sicherungstruppen aufgenommen.

Der Chef des Generalstabes.

Zur Lage in Rußland.

Die Neuorientierung der Kadetten.

Der Lokalanzeiger meldet aus Stockholm: Aus Helsingfors wird gemeldet, daß die beachtenswerte Neuorientierung der Kadettenpartei auf dem Moskauer Kadettenkongreß definitiv vollzogen wurde. Außer dem Kadettenführer Miljukow ist auch der Führer der Zentrumspartei entschieden für die Deutsch-Orientierung der russischen Politik.

(Daß diese Deutsch-Orientierung dazu benutzt ist, mit Hilfe Deutschlands das bolschewistische System zu stürzen, unterliegt keinem Zweifel. Da sie aber im Grunde noch wie vor entente-freundlich sind, werden diese Hoffnungen nicht auf Erfüllung zu rechnen haben. Vorläufig darf man aber diese Deutschorientierung der Kadetten als einen Schritt begrüßen, der nicht im Interesse der Entente liegt.)

Die Deutschfeindlichkeit der Sozialrevolutionäre.

Stockholm, 18. Juli. Die hiesigen Vorkämpfer der russischen Sozialrevolutionäre erklären sich mit der größten Entschiedenheit für Wiederherstellung des Bündnisses zwischen Rußland und der Entente und für Wiederaufnahme der daraus für Rußland sich ergebenden militärischen Verpflichtungen. Aus persönlichen Unterhaltungen mit ihnen gewinnt man den Eindruck, daß die Niederwerfung Deutschlands ihnen das Hauptziel ist, und dazu jedes Mittel und alle Hilfskräfte erlaubt sind. Gegen Kerenski arbeitet Burzew ebenso heftig wie die Sozialrevolutionäre.

Die Tschecho-Slowaken wollen Rußland verlassen.

Stockholm, 18. Juli. Der Korrespondent der Telegraphen-Union berichtet: Große Beunruhigung ruft in den entente-freundlichen Kreisen Rußlands ein von den tschecho-slowakischen Vertretern gefaßter Beschluß, wonach die Truppen, wie es anfänglich bestimmt war, nicht in Rußland verbleiben, sondern sich nach Frankreich begeben sollen. In dem Beschluß heißt es, daß die Tschecho-Slowaken mit den Bolschewisten den Kampf nur deswegen aufgenommen haben, weil sie ihnen den Durchmarsch nach Wladiwostok verweigerten. Die Reise des Tschechenführers Hurban nach Tokio und Washington soll damit in Verbindung stehen, daß er den Abtransport der Truppen nach Frankreich vorwirkschen will.

Die Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjets-Republik.

(So unsicher die Zustände in Rußland sind und so wenig sicher im besonderen das Dasein der russischen Sowjetregierung ist, die Kenntnis der Verfassungsverhältnisse der Sowjetregierung, die uns das Berliner Informationsbureau der Petersburger Telegraphenagentur vermittelt, dürfte auch unsere Leser interessieren. Die Schriftleitung.)

Die für die jetzige Uebergangszeit berechtigte Grundaufgabe der Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik besteht in der Errichtung der Diktatur des Stadt- und Dorfproletariats und des ärmsten Bauerntums zum Zwecke der vollständigen Niederwerfung der Bourgeoisie, der Beseitigung der Ausbeutung des einen Menschen durch den andern und der Einführung des Sozialismus, in dem es weder eine Einteilung in Klasse, noch eine Staatsmacht geben wird.

1. Die Russische Republik ist eine freie sozialistische Gesellschaft der werktätigen Bevölkerung Rußlands, die in Stadt- und Dorfsowjets vereinigt sind.

2. Die Sowjets derjenigen Provinzen, die nach ihrem nationalen Bestande und nach ihren Volkssitten zusammengehören, werden in autonome Provinzialverbände vereinigt, an deren Spitze die Provinzialkongresse der Sowjets und deren Vollzugsorgane stehen.

3. Die Provinzialsowjetsverbände schließen sich auf föderativer Grundlage zusammen zur Russischen Sozialistischen Republik, an deren Spitze der Allrussische Kongreß der Sowjets und — in der Zeit zwischen den Kongressen — das Allrussische Zentral-Exekutivkomitee stehen.

Die russischen Sowjets.

Vom Wahlrecht.

Erstes Kapitel.

I. Das Recht, in die Sowjets der Deputierten zu wählen und gewählt zu werden, haben folgende Bürger der Russischen Sozialistischen Sowjetsrepublik beiderlei Geschlechts, die am Tage der Wahl das achtzehnte Lebensjahr erreicht haben:

1. Alle, die die Mittel zu ihrem Unterhalt durch produktive oder gemeinnützige Arbeit erwerben und Mitglieder der Gewerkschaftsverbände sind, wie:

a) Arbeiter und Angestellte aller Art, die in Handel, Gewerbe und Landwirtschaft beschäftigt werden;

b) Bauern und Kosaken, die Land besitzen und keine Tagelöhner beschäftigen;

c) Angestellte der Sowjetsinstitutionen;

2. Soldaten der Sowjetsarmee und -Flotte;

3. Bürger, die zu den im Punkt 1 und 2 des Paragraphen 1 aufgezählten Kategorien gehörten und ihre Arbeitsfähigkeit teilweise oder ganz verloren haben.

II. Nicht wählen und nicht gewählt werden dürfen, selbst wenn sie zu einer der obengenannten Kategorien gehören:

1. Personen, die andere ausbeuten, um einen Vorteil daraus zu gewinnen;

2. Personen, die arbeitslosen Einkommen haben, wie z. B. Prozente vom Kapital, Einnahmen vom Vermögen usw.;

3. Privathändler, Handelsvermittler;

4. Diener der religiösen Kulte;

5. Angestellte und Agenten der früheren Polizei, des Gendarmenkorps und der politischen Abteilung, ebenso die Mitglieder des russischen Zarenhauses;

6. Personen, die auf gerichtlichem Wege als geisteskrank oder irrsinnig erklärt sind, ebenso Taubstumme;

7. Personen, die wegen eigennütziger und ehrloser Vergehen verurteilt worden sind.

Zweites Kapitel.

1. In Ansiedlungen (Dörfern, Kosakendörfern, kleinen Ortschaften, Farmen, Gehöften usw.) werden die Deputiertensowjets so gewählt, daß auf 100 Mann der Bevölkerung 1 Deputierter kommt, jedoch dürfen nicht weniger als 3 und nicht mehr als 50 Deputierte auf eine Ansiedlung kommen.

(Anmerkung: In denjenigen Ortschaften, in denen es durchführbar ist, werden die Bevölkerungsfragen unmittelbar durch die allgemeine Versammlung der Wähler der Ortschaft entschieden.)

2. Zur Ausführung der laufenden Arbeit wählen die Sowjets aus ihrer Mitte ein Vollzugsorgan, das aus nicht mehr als 5 Mitgliedern besteht.

3. Die Wahl der Sowjetsmitglieder gilt für 3 Monate.

4. Der Dorfsowjet wird durch das Vollzugsorgan mindestens zweimal im Monat einberufen.

5. Eine außerordentliche Versammlung des Sowjets beruft das Vollzugsorgan entweder von Amts wegen oder auf Verlangen von mindestens ⅓ der Sowjetsmitglieder ein.

6. Das Vollzugsorgan der Sowjets ist dem Sowjet voll und ganz verantwortlich.

7. In den Grenzen seines Ressorts ist der Sowjet die oberste Gewalt in seiner Ortschaft.

(Anmerkung: Wo Verwaltungsfragen unmittelbar durch die allgemeine Versammlung der Wähler entschieden werden, stellt diese Versammlung die oberste Instanz dar.

Drittes Kapitel.

1. Der Bezirkskongreß der Sowjets besteht aus Delegierten aller Dorfsowjets des betreffenden Bezirks, und zwar je, daß auf 10 Sowjetsmitglieder ein Delegierter kommt.

(Anmerkung: Sowjets, die weniger als 10 Mitglieder zählen, entsenden zum Bezirkskongreß je 1 Vertreter.)

2. Der Bezirkskongreß wird von seinem Vollzugsorgan mindestens einmal im Monat einberufen.

3. Die außerordentlichen Bezirkskongresse der Sowjets werden vom Vollzugsorgan entweder von Amts wegen oder auf Verlangen von mindestens ⅓ der Mitglieder der Bezirkssowjets einberufen.

4. Der Bezirkskongreß der Deputierten wählt ein Vollzugsorgan von nicht mehr als 10 Mitgliedern.

5. Das Vollzugsorgan des Bezirkskongresses ist dem Kongreß voll und ganz verantwortlich.

6. In den Grenzen seines Ressorts ist der Bezirkskongreß die oberste Gewalt im Bezirk.

In der Zeit zwischen den Kongressen ist das Vollzugsorgan die oberste Instanz.

Von den Stadtsowjets der Deputierten.

Viertes Kapitel.

1. In Städten werden Deputiertensowjets so einberufen, daß auf 1000 Käpfe der Bevölkerung je ein Deputierter kommt; jedoch darf die Zahl der Deputierten nicht unter 50 und nicht über 1000 betragen.

2. Der Stadtsowjet wählt aus seiner Mitte ein Vollzugsorgan, und zwar auf je 50 Mitglieder 1 Vertreter; jedoch muß dieses Vollzugsorgan aus mindestens 3 und höchstens 15 Mitgliedern bestehen.

(Variante zu Punkt 2.) Der Stadtsowjet wählt aus seiner Mitte ein Exekutivkomitee, und zwar auf je 25 Mitglieder einen Vertreter; jedoch muß dieses Komitee aus mindestens 5 und höchstens 40 Mitgliedern bestehen.

3. Die Wahl der Mitglieder des Stadtsowjets gilt für 3 Monate.

4. Der Stadtsowjet wird von seinem Vollzugsorgan mindestens einmal in der Woche einberufen.

5. Eine außerordentliche Versammlung des Stadtsowjets wird von seinem Vollzugsorgan einberufen entweder von Amts wegen oder auf Verlangen von mindestens einem Drittel der Mitglieder des Sowjets.

6. Das Vollzugsorgan ist dem Stadtsowjet voll und ganz verantwortlich.

7. In den Grenzen seines Ressorts ist der Stadtsowjet die oberste Gewalt im Bezirk der Stadt.

Von den Kreiskongressen der Sowjets.

Fünftes Kapitel.

1. Der Kreiskongreß der Sowjets besteht aus Vertretern der Dorfsowjets, und zwar kommt 1 Delegierter auf 1000 Einwohner, doch nicht mehr als 300 Delegierte auf den ganzen Kreis.

(Anmerkung 1. Die Dorfsowjets derjenigen Ortschaften, die weniger als 1000 Einwohner haben, werden für die Wahl der Delegierten in den Kreissowjet mitentnander vereinigt.

Anmerkung 2. An den Kreissowjets nehmen Vertreter der Sowjets solcher Städte teil, deren Einwohnerzahl nicht über 10 000 beträgt.)

2. Der Kreiskongreß der Sowjets wird von seinem Exekutivkomitee einberufen, und zwar mindestens einmal in drei Monaten.

3. Ein außerordentlicher Kreiskongreß wird vom Exekutivkomitee entweder von Amts wegen einberufen, oder, wenn eine Anzahl Sowjets und Ortschaften es verlangen, deren Einwohnerzahl nicht weniger als ein Drittel der Einwohnerschaft des ganzen Kreises beträgt.

4. Der Kreiskongreß wählt ein Exekutivkomitee von nicht mehr als 20 Mitgliedern.

5. Das Exekutivkomitee ist dem Kreiskongreß der Sowjets voll und ganz verantwortlich.

6. In den Grenzen seines Ressorts ist der Kreiskongreß die höchste Gewalt im Kreis; in der Zeit zwischen den Kongreßsitzungen ist das Exekutivkomitee die höchste Instanz.

Von den Gouvernementskongressen der Sowjets.

Sechstes Kapitel.

1. Der Gouvernementskongreß der Sowjets besteht aus Vertretern der Kreiskongresse, doch nicht über 300 Delegierte für das ganze Gouvernement.

(Anmerkung. Wenn dem Gouvernementskongreß kein Kreiskongreß vorausgeht, werden die Mitglieder für den Gouvernementskongreß unmittelbar durch die Bezirkssowjets gewählt.)

2. Der Gouvernementskongreß der Sowjets wird von seinem Exekutivkomitee mindestens einmal in 3 Monaten einberufen.

3. Der außerordentliche Gouvernementskongreß der Sowjets wird von seinem Exekutivkomitee entweder von Amts wegen einberufen, oder auf Verlangen von mindestens einem Drittel der Bevölkerung des Gouvernements.

4. Der Gouvernementskongreß der Sowjets wählt ein Exekutivkomitee von höchstens 25 Mitgliedern.

5. Das Exekutivkomitee ist dem Gouvernementskongreß voll und ganz verantwortlich.

6. In den Grenzen seines Ressorts ist der Gouvernementskongreß der Sowjets die höchste Gewalt im Gouvernement, in den Zeiträumen zwischen den Kongressen stellt sein Exekutivkomitee die oberste Gewalt dar.

Von den Provinzialkongressen der Sowjets.

Siebentes Kapitel.

1. Der Provinzialkongreß der Sowjets besteht aus Vertretern der Stadtsowjets und der Kreiskongresse, und zwar so, daß in den Kreisen auf 25 000 Einwohner, in den Städten auf 5000 Wähler 1 Delegierter kommt, doch darf die Gesamtzahl der Delegierten 500 nicht übersteigen.

(Anmerkung. Wenn der Gouvernementskongreß der Sowjets dem Provinzialkongreß vorangeht, so werden die Delegierten für die Provinzialkongresse direkt vom Gouvernementskongreß gewählt.)

2. Der Provinzialkongreß wird von seinem Exekutivkomitee mindestens einmal in drei Monaten einberufen.

3. Der außerordentliche Provinzialkongreß wird vom Exekutivkomitee entweder von Amts wegen einberufen, oder auf Verlangen der Sowjets von Ortschaften, deren Einwohnerzahl ein Drittel der Einwohnerzahl der ganzen Provinz beträgt.

4. Der Provinzialkonreß wählt ein Exekutivkomitee von höchstens 25 Mitgliedern.

5. Das Exekutivkomitee ist vom Provinzialkongreß der Sowjets voll und ganz verantwortlich.

6. In den Grenzen seines Ressorts ist der Provinzialkongreß der Sowjets die nächste Gewalt in der Provinz. In den Zeiträumen zwischen den Kongressen stellt das Exekutivkomitee die oberste Instanz dar.

Vom Allrussischen Kongreß der Sowjets.

Achtes Kapitel.

1. Der Allrussische Kongreß der Sowjets setzt sich zusammen aus Vertretern der Stadtsowjets, und zwar kommt 1 Delegierter auf 25 000 Wähler, und aus Vertretern der Gouvernementskongresse der Sowjets, von denen 1 Delegierter auf 125 000 Einwohner kommt.

(Anmerkung 1. Wenn der Gouvernementskongreß dem Allrussischen Kongreß nicht unmittelbar vorangeht, so kann der Allrussische Kongreß von den Kreiskongressen beschickt werden.

Anmerkung 2. Wenn der Provinzialkongreß dem Allrussischen Kongreß unmittelbar vorangeht, so kann er letzteren beschicken.)

2. Der Allrussische Kongreß wird von seinem Exekutivkomitee mindestens zweimal im Jahre einberufen.

3. Der Außerordentliche Allrussische Kongreß wird vom Allrussischen Zentral-Exekutivkomitee entweder von Amts wegen einberufen oder auf Verlangen der Sowjets von Ortschaften, deren Zahl mindestens ein Drittel der gesamten Bevölkerung der Republik beträgt.

4. Der Allrussische Kongreß wählt ein Allrussisches Zentral-Exekutivkomitee (A. Z. E. K.) von höchstens 200 Mitgliedern.

5. Das A. Z. E. K. ist dem Allrussischen Kongreß der Sowjets voll und ganz verantwortlich.

6. Der Allrussische Kongreß der Sowjets ist die höchste Gewalt der Republik. In den Zeiträumen zwischen den Tagungen stellt das A. Z. E. K. die höchste Instanz dar.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180719-17/fragment/page=0002

Eduard Bernstein und Fürst Lichnowsky.

In dem Verfahren des Preußischen Herrenhauses gegen den Grafen Lichnowsky, über dessen Ergebnis noch immer nichts bekannt geworden ist, hat es Eduard Bernstein, wie er im Berliner Tageblatt darlegt, für seine Pflicht gehalten, dem Vorsitzenden des einschlägigen Ausschusses zwei Briefe des Fürsten zu übermitteln. In dem ersten wendet sich der Fürst dagegen, daß durch eine Kritik unserer Politik Uneinigkeit ins deutsche Volk gebracht werde, solange dieses um sein Dasein kämpfe. Die Frage, ob unsere Politik vor dem Weltkriege die richtige gewesen sei, müsse bis nach dem Kriege zurückgestellt werden. In dem zweiten Briefe macht Lichnowsky die Mitteilung, daß er gehört habe, ein Mitglied der Partei Bernsteins habe die Absicht, die bekannten Aufzeichnungen Lichnowskys in Tausenden von Exemplaren zu verbreiten, und fährt fort: „Ein derartiger Schritt wäre im höchsten Grade bedauerlich. Er würde nicht nur mich in meiner Eigenschaft als Beamter ernsten Schwierigkeiten aussetzen, sondern auch im gegenwärtigen Augenblick eine schwere Schädigung vaterländischer Interessen bedeuten. Für die Abrechnung über die Kriegsursachen ist es noch Zeit nach Beendigung des Krieges. Vorläufig handelt es sich doch lediglich darum, mit Anstand herauszukommen, und da hilft es uns nichts, selbst wenn die Schuld Bethmann Hollwegs und seiner Berater einwandfrei festgestellt wird. Ich wäre Ihnen daher zu besonderem Danke verpflichtet, wenn Sie einen derartigen unüberlegten Schritt eines Ihrer Parteifreunde und jede weitere Erwähnung der Denkschrift von dieser Seite verhindern wollten."

Bernstein ist sodann von Lichnowsky ersucht worden, das Stockholmer Blatt Politiken zu ersuchen, den Abdruck der Broschüre einzustellen. Er hat dies auch getan, aber in einer Form, „die erkennen ließ, daß es sich lediglich um eine Bitte des Fürsten handle".

Bernstein hält es auch für nötig, der Welt Klarheit darüber zu vermitteln, wie er mit dem Fürsten bekannt geworden war: „Wir waren einander im Herbst 1912 zu Berlin im Hause eines Gelehrten begegnet, der den akademischen Lehrstuhl mit dem Redaktionssessel vertauscht hatte und einer in Verfall geratenen Zeitschrift neues Leben einhauchte. Da der Fürst im Begriff stand, den ihm übertragenen Posten als deutscher Botschafter in London anzutreten, wandte sich unser Gespräch bald englischen Zuständen zu. Es interessierte ihn offenbar, die Ansichten eines Politikers über sie kennen zu lernen, der zwölf Jahre in England gelebt hatte und als ein objektiv prüfender Beobachter galt. Zudem war ich als einer der theoretischen Begründer und literarischen Verfechter des sozialistischen Revisionismus bekannt und wurde daraufhin auch von Leuten, die dem politischen Parteileben näher standen als der Fürst, als ein Sozialist eingeschätzt, mit dem sich reden ließ."

Mit Bernstein läßt sich, wie man sieht, auch heute noch reden, wo er zu den Unabhängigen abgeschwenkt ist, die der Meinung sind, daß der gegenwärtige Krieg von deutscher Seite von Anfang an ein Angriffs- und Eroberungskrieg war.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Ein „irrtümlicher" Reichstagsbeschluß.

Unter dieser Ueberschrift schreibt das Berliner Tageblatt: Dem Reichstag passierte in der Sitzung vom 12. Juli das Versehen, eine Resolution, die den Landwirten größere Freiheit bezüglich des sogenannten Hinterkorns lassen wollte, abzulehnen. obgleich die überwiegende Mehrheit dafür war. Eine Wiederholung der Abstimmung scheiderte an dem Protest des Führers der Unabhängigen, Abgeordneten Haase. Jetzt haben folgende Parteiführer aller Fraktionen, mit Ausnahme der Unabhängigen Sozialdemokratie, nämlich die Herren Dr. Arendt, Ebert, Gröber, Haegy, Müller-Meiningen, Seyda, Dr. Stresemann und Graf Westarp dem Staatssekretär von Waldow nachstehende Erklärung übersandt: „Die unterzeichneten Fraktionsführer bestätigen, daß die Ablehnung von Nr. 4 der Drucksache Nr. 1685 durch die Majorität des Reichstags am Freitag, 12. Juli d. J., nur auf ein Mißverständnis zurückzuführen ist, während nach der Stellungnahme der von den Unterzeichnern geführten Fraktionen auf eine Annahme dieser Nr. 4 zu rechnen war."

Mandatsniederlegung.

Wie die Blätter melden, hat der Reichstagsabgeordnete v. Bonin-Behrenbusch (kons.) sein Mandat niedergelegt, weil der Reichstag die Genehmigung zu seiner Strafverfolgung wegen angeblicher Steuerhinterziehung nicht erteilte. In einer öffentlichen Erklärung sagt Bonin, die Mehrheit des Reichstags scheine auf den guten Ruf der Mitglieder keinen Wert zu legen.

Das preußische Abgeordnetenhaus hat bekanntlich auf ausdrücklichen Wunsch v. Bonins entgegen dem Kommissionsvorschlage die Genehmigung zur Strafverfolgung beschlossen. Der Entschluß zur Niederlegung des Reichstagsmandats spricht für die Ueberzeugung, daß die Anklage zu Unrecht erhoben worden ist.

Das gleiche Gemeindewahlrecht in Sachsen-Meiningen.

Dem Landtag von Meiningen ging nach einer Meldung des Berliner Tageblattes zufolge ein Gesetzentwurf auf Aenderung der Gemeindeordnung zu. Darin wird das Mehrstimmrecht aufgehoben und das gleiche Stimmrecht eingeführt.

Der Wohnungsverband Groß-Berlin.

Im Berliner Rathaus fand unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Wermuth eine Sitzung der Groß-Berliner Gemeinden statt, in der über die Gründung eines Wohnungsverbandes innerhalb des Zweckverbandes Groß-Berlin beraten wurde. Es handelt sich um Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Einverständnis wurde sowohl über den Charakter des Verbandes als auch über den Charakter der Maßnahmen erzielt, die zur Bekämpfung der durch den Krieg hervorgerufenen Wohnungsnot zu ergreifen sind.

Regelung der Arbeitszeit in den Bäckereien.

Unter dem Vorsitze des Vizekanzlers v. Payer hat der Bundesrat den Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitszeit in den Bäckereien angenommen.

Die Kriegsgewinne der Montanindustrie.

Trotz Kriegssteuern und trotz des angeblichen Drucks der Kriegsämter auf die Preise weisen die Montanwerke noch immer steigende Erträge auf und die Kurse an der Börse schnellen kräftig in die Höhe. Rombacher Hüttenwerke und Reinstahl haben bereits Dividendenerhöhungen angekündigt. Die Kattowitzer Bergbau-A.-G. kann für das am 31. März 1918 einen von 6,7 auf 7,3 Millionen gestiegenen Ueberschuß verzeichnen. Die Verwaltung klagt zwar, daß der Gewinn „nicht entsprechend dem Umsatze gestiegen" sei, aber die Berufung auf den gestiegenen Umsatz zieht nicht. Denn in Wahrheit ist es so, daß die Umsatzzahlen natürlich durch die allgemeine Erhöhung des gesamten Preisniveaus gewaltig in die Höhe gehoben wurden, ohne daß die Umsatzmenge in gleichem Schritt folgte. Aber selbst wenn auch die Produktion gestiegen wäre, so wäre ein Mehrgewinn von 700000 M. mehr als reichlich.

Deutscher Heeresbericht vom 18. Juli.

wtb. Großes Hauptquartier, 18. Juli 1918. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Nördlich von Lens und östlich von Villers Bretonneux wurden örtliche Angriffe des Feindes abgewiesen. Die tagsüber mäßige Gefechtstätigkeit lebte am Abend auf und nahm während der Nacht zeitweilig südwestlich von Ypern und bei Wiederholung der feindlichen Angriffe östlich von Villers Bretonneux größere Stärke an. Bei reger Erkundungstätigkeit machten wir mehrfach Gefangene.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Die Armee des Generaloberften von Boehn stand gestern tagsüber in schwerem Kampf. Durch neuherangeführte Divisionen verstärkt setzte der Feind von neuem nach mehrstündiger Artillerievorbereitung zu großem einheitlichen Gegenangriff gegen unsere ganze Front südlich der Marne an. Am Abend war die Schlacht zu unseren Gunsten entschieden. Unter schwersten Verlusten brachen die Angriffe des Feindes zusammen. Aus kleinen Ortschaften südöstlich von Mareuil, in die der Feind vorübergehend eindrang, warf ihn unser Gegenstoß wieder hinaus. Auch auf dem Nordufer des Flusses versuchte der Feind vergeblich, uns unsere Erfolge streitig zu machen. Bei Erstürmung eines Bergrückens südlich von Pourcy nahmen wir seine Besatzung mit ihrem Regimentskommandeur und mehreren Geschützen gefangen.

Oestlich von Reims blieb die Lage unverändert. Artilleriefeuer wechselnder Stärke. Nordwestlich von Messiges führte der Feind kleinere Angriffe, die in unserem Gegenstoß zusammenbrachen.

Gestern wurden 23 feindliche Flugzeuge abgeschossen. Leutnant Jakob errang seinen 23. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Oesterreich-Ungarn.

Abgeordnetenhaus.

Wien, 18. Juli. (Meldung des Wiener K. K. Telegr.-Korresp.-Büros.) Bei der fortgesetzten ersten Lesung des Budgetprovisoriums äußerte der Deutschnationale Haber namens einer Gruppe von Deutschnationalen gegen die österreichisch-polnische Lösung die allergrößten Bedenken. Eine Besserung der Verhältnisse in Oesterreich werde nur durch ein entschlossenes Zusammenwirken aller Völker in Anschluß an das verbündete Deutsche Reich erzielt werden können. Der Obmann des Polenklubs, Tertil, führte aus, die Rede des Ministerpräsidenten sei vom Standpunkte aller Parteien zu bedauern. Ebensowenig wie gegen die Deutschen lasse sich auch gegen die Polen und die anderen Völker regieren. Der Redner erklärte namens des Polenklubs, daß er die Abstimmung über das Budgetprovisorium vom Vertrauen zu der Regierung abhängig machen werde, die zur Zeit der Abstimmung bestehe. (Beifall bei den Polen.) Ofner erklärte, die Wiener freiheitlichen Abgeordneten würden, ohne dem Ministerpräsidenten das Vertrauen zu gewähren, im Interesse des Staates das Budgetprovisorium, jedoch nur für vier Monate, bewilligen. Sriberny (Tscheche) klagte über die Verfolgung der nichtdeutschen und nichtungarischen Nationen und betonte, für den tschechisch-slowakischen Gedanken trete heute das ganze Volk ein. Er kritisierte den Brester Vertrag, durch den der Krieg nur verlängert werde. Der Alldeutsche Malik vertrat die in dem alldeutschen Programm enthaltenen Forderungen nach der deutschen Staatssprache, der Sonderstellung Galiziens und der Abtrennung Dalmatiens. Der polnische Sozialdemokrat Daszynski beklagte die Abhängigkeit der äußeren und inneren Politik Oesterreichs von Deutschland, kritisierte schärfstens das Walten einer parlamentsfeindlichen Bureaukratie und wandte sich gegen den Brester Frieden, der nur den Anfang neuer Wirren im ganzen Osten Europas bedeute. Von einer austro-polnischen Lösung sei überhaupt nicht mehr die Rede; die Polen weinten ihr keine Träne nach. Welche Form der polnische Staat annehmen werde, werde der Wille des polnischen Volkes und die Geschichte entscheiden. Der Redner betont schließlich die Notwendigkeit der Beendigung des Krieges. Der Allpole Glombinsky erklärte, das polnische Volk werde sein politisches Ideal, das in der Zusammenfassung aller polnischen Länder und in dem Zugang zum Meere bestehe, stets aufrechterhalten. Er kündigte der Regierung schärfste Opposition an.

Erfolg der Kriegsanleihe.

Wien, 18. Juli. Die Blätter würdigen das Ergebnis der achten Kriegsanleihe als einen Beweis der wirtschaftlichen Stärke und ungebrochenen finanziellen Kraft Oesterreichs, dessen Bevölkerung durch ihre Zeichnungsfreudigkeit die Notwendigkeit anerkenne, die Mittel zur Kriegführung auch weiterhin bis zum siegreichen Ende aufzubringen, und ebensosehr ihre Vaterlandstreue wie ihre wirtschaftspolitische Einsicht erwiesen habe. Es sei mit begründeter Sicherheit anzunehmen, daß die endgültige Ziffer der achten Kriegsanleihe, bis die noch ausstehenden Meldungen vorliegen werden, wieder die Höhe von sechs Milliarden Kronen erreichen und somit dem Rekordergebnis der siebenten Kriegsanleihe gleichkommen werde.

Rumänien.

Erhebung der Ministeranklage.

Bukarest, 18. Juli. Die rumänische Kammer nahm den aus Initiative des Parlaments hervorgegangenen Antrag auf Erhebung der Anklage gegen die Regierung Bratianu mit 115 Stimmen und zwei Enthaltungen an. Das Ergebnis der Abstimmung, die durch Namensaufruf und mündliche Erklärung erfolgte, wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Es wurde ein aus sieben Mitgliedern bestehender Ausschuß beauftragt, die Voruntersuchungen vorzunehmen.

Sozialdemokratische Bildungsarbeit in unabhängiger Beleuchtung.

„Der Krieg hat uns gelehrt, vieles von dem, was wir früher für gut und richtig hielten, kritisch zu überprüfen. Nicht unsre Grundsätze, nicht unsre historische und ökonomische Betrachtungsweise, wohl aber die Art, wie diese angewandt wurden, die sozialdemokratische Parteipraxis. Die sozialdemokratische Parteipraxis hat Schiffbruch gelitten." Also hebt ein Artikel „Irrwege" von Edwin Hoernle in der Frauen-Beilage der Leipziger Volkszeitung vom 12. Juli an. Solche Sätze in dem Blatte der Frau Zetkin müssen uns aufmerken lassen, denn sie deuten an, daß man erkannt hat, sich irgendwo auf falschen Wegen bewegt zu haben. Aber es ist echt unabhängige Logik und Dialektik, die in diesem Aufsatz an das unabhängige Publikum gebracht wird. „Ein Wort zur sozialdemokratischen Bildungsarbeit" ist der Untertitel des Irrwege-Artikels. Und die sozialdemokratische Bildungsarbeit wird als ein Teil der sozialdemokratischen Parteipraxis bezeichnet, die Schiffbruch gelitten hat. „Wir waren stolz auf unsere Bildungsarbeit ..... Welchem Zwecke diente die Bildungsarbeit? . . — Nicht nur für die Gegenwart, auch für die Zukunft sorgte unser bildendes Bemühen. Wissen und Kunst, edle Lebensfreude und Lebensgenuß für alle sind ein wesentlicher Inhalt der sozialistischen Gesellschaft, die nicht bloß eine wirtschaftliche Neuordnung, sondern auch eine höhere Kultur bedeuten wird. Eine Klasse, die die politische Macht erobern will, nicht zu Herrschaftszwecken, sondern um die Menschheit zu erlösen, muß auch fähig sein, die feinsten Blüten menschlichen Kunsttriebs, wissenschaftlicher Forschung, seelischer Verfeinerung zu verstehen, zu würdigen und zu fördern." Indessen, es war alles für den alten Fritzen. „Leider ist es aber auch mit der Bildungsarbeit gegangen, wie es in der Partei überhaupt ging: Auf dem Boden eines untadeligen Prinzips baute man ein Haus. Aber je höher und prächtiger die Hallen wurden, desto mehr verschob sich das Fundament. Der Zusammenbruch konnte nicht ausbleiben. Und heute konstatieren wir mit Schmerz die Tatsache, daß diese Bildungsarbeit nicht der geistigen Vertiefung gedient hat, sondern der Verflachung, nicht der Festigung, sondern der Auflösung, nicht dem Sozialismus, sondern einer weitgehenden Verbürgerlichung."

Und dieser Mißerfolg der sozialdemokratischen Bildungsarbeit wird dann noch weitläufig „bewiesen". Die Bildungsarbeit „bildete den ideologischen Ueberbau unserer ökonomischen und sozialen Bewegung. Ihr Charakter wurde durch diese bestimmt, und sie wirkte ihrerseits auf die Bewegung zurück. Nun war aber allmählich im Proletariat eine Schicht emporgekommen, die sich in den Gegenwartsstaat einlebte, die mehr zu verlieren hatte als ihre Ketten, die sich wohl noch in Worten, aber nicht mehr mit der Tat als Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft auswies. Sie wollte den Kapitalismus nicht vernichten, sondern in ein erträgliches Verhältnis mit ihm kommen. Diese Schicht rekrutierte sich aus den besser gestellten, weil besser organisierten Arbeiterkategorien. Ihre Wortführer fand sie in der Partei- und Gewerkschaftsbureaukratie, deren Existenz mit Bestand und Erhaltung der Organisationen, ihrer Kassen und Einrichtungen eng verknüpft war, und die deshalb naturgemäß die Stetigkeit der Entwicklung dem Risiko des Kampfes vorzog. In der Hand dieser Bureaukratie lag auch die Bildungsarbeit. Ihr gelang es leicht, den proletarischen Bildungsbestrebungen den ihr genehmen Charakter aufzudrücken. .... Auf die einzelnen Stadien kommt's nicht an. Genug, daß unsere Bildungsarbeit das getreue Abbild wurde der um sich greifenden politischen Versumpfung. Während unsere Agitation immer mehr von der grundsätzlichen Höhe herabstieg und sich in einem Buhlen um die Gunst der Massen verlor; während die freien Gewerkschaften aus Kampforganisationen zu Unterstützungsvereinen und Verständigungseinrichtungen herabsanken; während der Geist der Dämpfung und der sich „nie provozieren lassenden" Besonnenheit von der Partei Besitz ergriff, während dieses ganzen unaufhaltsamen Abstiegs konnte sich unsere Bildungsarbeit unmöglich auf der grundsätzlichen Höhe halten. Auf mancherlei Weise zog der Verfall bei ihr ein. Während die Revisionisten alten Schlags noch darum kämpften, Referenten und Lehrer ihrer Observanz für die wissenschaftlichen Kurse und Vorträge zu gewinnen, begannen die eigentlichen Opportunisten offen oder versteckt der Ansicht zu huldigen, daß theoretische Belehrung überhaupt überflüssig, ja schädlich sei. Bureaukraten und Priester sind immer Opportunisten, für revolutionären Schwung, kühnes Märtyrerium haben sie im Grunde herzlich wenig Verständnis. Auch die Bildung ist ihnen, wie allen herrschenden Kasten und Klassen, viel mehr Dekoration, Mittel zum Zweck als inneres Bedürfnis. .... Die Opportunisten waren viel eher Männer der Tat als die Radikalen. natürlich in ihrer Weise. Sie unterwühlten den Boden unserer Bildungsarbeit. Es war gar nicht nötig, daß sie offene Fehde erklärten. Sie verstanden zu schmuggeln und stets mit den bestechendsten Argumenten. Das Programm unserer Bildungsschule verschob sich. Der bunte Abend, der Parteiausflug, die Theatervorstellung zu Einheitspreisen, der Lichtbildervortrag, medizinisch-hygienische, geologische, kunsthistorische, astronomische und weiß der Himmel noch was für allgemein bildende Kurse begannen darin einen immer breiteren Raum einzunehmen. Der Teufel trat hier in Engelsgewand auf, und so merkte kaum jemand die Gefahr. Man war stolz auf die staunende Anerkennung der gebildeten Bourgoisie. .... Es war ein Zeichen der Zeit, daß ein Streit aufkommen konnte über die Verwendung bürgerlicher Lehrkräfte. In der Kunst sei man sowieso auf bürgerliche Kräfte, Schauspieler, Musiker, Rezitatoren angewiesen. Die verbürgerlichten Führer und die unerfahrenen Massen merkten gar nicht, daß die Verwendung bürgerlicher Kräfte sie gerade um die wichtigsten Wirkungen ihrer Veranstaltungen betrog. Kann etwa ein Schauspieler oder Regisseur, dem die innige Berührung mit dem Proletariat, das aus innerem Erlebnis entsprungene Verständnis der proletarischen Seele abgeht, kann der ein echter Interpret revolutionärer Schicksale sein?"

Die tiefste Ursache aller dieser Verirrungen lag nach dem grotesken Hoernle darin, „daß man den Sozialismus lehren wollte, statt ihn zu leben, daß man theoretisierte, statt zu handeln. Revisionisten und Radikale fehlten hier gleichermaßen, und während sie sich stritten, schöpften die Männer der Praxis, die Opportunisten, den Rahm von der Milch."

Und so faßt schließlich die unabhängige klassenbewußte Weisheit in der Zetkinschen Frauenbeilage der Leipziger Volkszeitung ihre spaltenlangen Expektorationen, von denen wir nur Stichproben wiedergegeben haben, zusammen: „Auf der einen Seite also geriet unser Schiff der Bildungsarbeit in die Scylla der Verbürgerlichung, auf der anderen Seite in die Charybdis des rationalistischen Dogmatismus. Wollen wir die Dinge ändern, so müssen wir bei den Fundamenten anfangen. Eine gesunde Bildungsarbeit ist nur möglich auf dem Boden eines gesunden Klassenkampfes. Je aktiver in diesem Kampfe die Massen sind, je interessierter an ihm, desto weniger Geschmack werden sie finden an Veranstaltungen, die von der Hauptsache abführen, an Rednern, die über alles sich zu verbreiten wissen, außer über das, was not tut. Dann wird auch an Stelle des belehrenden Vortrags die erzieherische Diskussion treten, an Stelle des Glaubens das selbsttätige Denken. Auch wir wünschen die weitestgehende Kultur und Allgemeinbildung, aber wir wissen, daß wir sie erst voll erreichen werden, wenn das Proletariat die politische Macht ergriffen haben wird. Einstweilen lautet die Parole nicht Nachahmung, sondern Ueberwindung der Bourgoisie, nicht bescheidene Genüsse, sondern Kampf um Vollgenuß aller irdischen Güter in einer selbsteroberten Zukunft."

Diese Kritik der angeblich verfehlten sozialdemokratischen Bildungsarbeit ist der Reflex der verkehrten unabhängigen Denkweise, nach der die ganze unabhängige Politik betrieben wird. Rückwärts, im Geschwindschritte rückwärts — das ist die Parole der Unabhängigen. Die ganze Bildungsarbeit im Gegenwartsstaate ist nicht nur wertlos, sondern schädlich. Deshalb fort mit der Bildungsarbeit! Den Massen muß als einziges Gebot eingebläut werden, daß nur im Klassenkampfe das Heil liegt. Wenn der Klassenstaat zusammengebrochen und auf den Trümmern des bürgerlichen Staates der Zukunftsstaat errichtet wird, dann kann auch wieder mit der von allen feindlichen Störung unbeeinflußten Bildungsarbeit begonnen werden!

Wann endlich werden die unabhängig verseuchten „Massen" einsehen, welche „Irrwege" sie die unabhängige Politik führt?

Aus aller Welt.

Ein Schutzmann erschossen. In Waldenbuch (Württemberg) hat der aus dem Zuchthaus entsprungene 23 Jahre alte Gottlieb Ruck von Plattenhardt den 23 Jahre alten, auf dem Kontrollgang befindlichen Schutzmann Georg Bauer, der ihn festnehmen wollte, auf der Ortsstraße mit seinem Jagdgewehr erschossen. Ruck brachte vor 5 Jahren mit einem Genossen auch den Forstwart Klinger ums Leben, als er ihn beim Wildern ertappte. Der Mörder, der seit über einem Jahr flüchtig ist, konnte festgenommen werden. Er hatte in einem Heuschuppen zwischen Waldenbuch und Steinenbrunn ein Versteck, in dem er alles Mögliche eingelagert hatte, was er zusammengestohlen hatte.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Kirschen. Sonnabend, vormittags von 8—1 Uhr Nr. 38501 bis 42000 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Jede Person ein Pfund gegen Abschnitt 206 des Warenbezugsscheins 17.

Kaffee-Ersatz. Sonnabend, vormittags 8—1 Uhr: Nr. 63501 bis 74000 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Jede Person 1/4 Pfund für 3 Mark pro Pfund.

Mager- oder Buttermilch. Sonnabend, nachmittags von 2 Uhr an auf Abschnitt 10 des Einkaufsscheins über Molkereierzeugnisse bei den Milchhändler Scharfe, Rudolf-Haymstraße 35, sowie in der Verkaufsstelle der Riemberger Molkerei, Beesener Straße 1 und Lindenstraße 52. Jede Person 1/2 Liter auf Nr. 25501—31000 der neuen Lebensmittelscheine.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180719-17/fragment/page=0003
DFG

Bekanntmachung.
Freibank-Verkauf.

Zum Freibank-Verkauf am 20. Juli 1918 werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen:

Um 7 Uhr Nr. 4651—4750, um 9 Uhr Nr. 4851—4950,
„ 8 „ „ 4751—4850, „ 10 „ „ 4951—5050.

Halle, den 18. Juli 1918. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, am Freitag, dem 19., Sonnabend, dem 20., und Montag, dem 22. Juli 1918, bei den von ihnen gewählten Großfirmen die in nächster Woche zum Verkauf gelangenden Graupen abzuholen.

Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 18. Juli 1918. Der Magistrat.

Architekt,

städtebaulich geschult, guter Darsteller, militärfrei, auf Privatdienstvertrag sofort gesucht.

Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Angabe der Gehaltsansprüche sind an das städtische Tiefbauamt Halle zu richten.

Kleider- und Kostümstoffe

in Wolle, Seide, Samt- und Schleierstoff

Große Auswahl ⊙ Vorteilhafte Preise [607

im Kaufhaus H. Elkan, Leipziger Straße 87.

Soeben erschienen:

Der Mieterschutz

Eine gemeinverständliche Darstellung nach den kriegszeitlichen Bekanntmachungen über

Einigungsämter, Zahlungsfristen Mietfragen und Kriegsteilnehmerschutz

von

Arbeitersekretär **Fritz Henck**

Preis **30** Pf., nach auswärts **40** Pf. gegen Voreinsendung.

Zu beziehen von der

Buchhandlung der Volksstimme

Halle, Gr. Ulrichstraße 27

Dr. Ed. David M.d.L.:

Wer trägt die Schuld am Kriege?

Diese Frage hat Genosse Eduard David in einer vor dem hallländisch-skandinavischen Friedensforumse in Stockholm am 8. Juli 1917 gehaltenen Rede beantwortet. Diese Rede ist unter vorstehendem Titel soeben in unserem Verlag im Druck erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die imperialistischen Triebkräfte. — Die Entente als Weltverteilungssyndikat. — Die Politik der Zentralmächte. — Die Entwicklung Deutschlands. — Die Gefahr für Deutschland. — Der Ausbruch der Krisis usw.

Die Broschüre ist auch durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Preis beträgt 1.— Mk.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Volksstimme, Gr. Ulrichstr. 27

Gustav Uhlig

Untere Leipziger Straße

Billige, gute Bezugsquelle

in vorteilhaften

Musikinstrumenten

für unsere Krieger im Felde und Verwundeten in der Heimat. Dauerhafte, rein abgestimmte

Mundharmonikas

Mandolinen, Zitarren

Wiener Zieharmonikas.

Sonntags geöffnet von 1/2 12 bis 1/2 2 Uhr.

Möbel auf Teilzahlung.

Empfehle mein großes Lager in 3 Etagen in ganzen Wohnungs-Einrichtungen, sowie einzeln Kübeln, besonders schöne Schlafzimmer, Bettstellen u. Matratzen, Sofas, Kleiderschränke, Vertikos, Küchenmöbel aller Art.

Kredit auch nach auswärts.

N. Fuchs, Möbel-Ausstattungs-Geschäft, [1270

Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 58, I., II., III. Etage.

Buchhandlung der Volksstimme

Fernsprecher 5407 **HALLE** Gr. Ulrichstraße 27

Empfehlenswerte Schriften belehrenden und unterhaltenden Charakters:

Die Gleichheit Zeitschrift zur Verfechtung der Interessen der schaffenden Frau. Einzelnummer . . . . . 10 Pf.

In freien Stunden Wochenschrift, enthaltend spannende Romane und interessante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von . . . . . 15 Pf.

Der Wahre Jacob Illustrierte politisch-satirische Wochenschrift, die einzelne Nummer . . . . . 15 Pf.

Berliner Illustrierte Zeitung Einzelnummer . . . . . 10 Pf.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek herausgegeben unter Leitung von Dr. med. Zadek. Ca. 50 verschiedene Bändchen . . . . . à 20 Pf.

Dokumente zum Weltkrieg Bearbeitet von Eduard Bernstein

Reichhaltige Roman-Bibliothek der beliebtesten Autoren.

Für die Schneiderei:

Modenzeitung / Frauenzeitung / Praktische Damenmode Hausschneiderei/Sonntagszeitung/Deutsche Modenzeitung

Empfehle:

Gummisohlen

für Schuhmacher u. Händler.

Selten günstiges Angebot!

Absätze von 40 Pf. an.

Gummihaus, Große Ulrichstraße 35.

Der moderne Metallarbeiter

Ratgeber für Dreher, Schlosser und Maschinenbauer. 4. Aufl. 348 S., geb., 135 Abbild. Von **Otto Schwenn.**

Dieses Werk setzt jeden Metallarbeiter in den Stand, schnell und sicher die vorkommenden Berechnungen der Räder an Drehbänken zum Gewindeschneiden vornehmen zu können. Es enthält ferner Festigkeitslehre, Stahl und seine Verwendung, Berechnung der Tourenzahl, um konisch zu drehen, Umrechnung von Zoll in Millimeter, Tabellen der Kreisumfänge, Verzahnung, Flächen-, Mantel-, Kubikinhalt- u. Gewichtsberechnung, Schrauben- und Gewindetabellen, Fräsen von Zahnrädern, Kurven u. Spiralen, Bestimm. d. Pferdestärken u. vieles and. Wissenswerte. Das Werk ist in einfacher, klarer Weise von einem Kollegen geschrieben und daher bestens zu empfehlen. Gegen Einsendung von 5.20 M. oder Nachn. 5.50 M. Edm. Herrmann, Abt. 21, Berlin, Fruchtstr. 51 (Postscheck 798). [1522

Dauernd Parteikrieg oder Wiedervereinigung.

Erwägungen und Anregungen zur Krise in der deutschen Sozialdemokratie.

Von R. Drescher.

Preis 20 Pfennig.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Volksstimme, Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Kauft das gute

Filialen: Hallmarkt, Sophienstr. 1.

Ausmodort: Bahnhofstrasse 2a.

Der **Wahre Jacob** Nr. 2 Preis 15 Pfennig

Buchhandlung Volksstimme Halle, Gr. Ulrichstraße 27

Gasthof Runthal.

Zu dem am Sonntag, 21. Juli 1918, stattfindenden

Gesangs-Konzert

ausgeführt vom [1379

Arbeitersängerchor Hohenmölsen

laden ergebenst ein

Der Vorstand. Schmidt, Gastwirt.

Wittekind altberühmtes Solbad in anmutiger, geschützter Lage im Nord. von Halle S. Sol-Kohlensäure- u. mit echter Schmiedeberger Eisenmoorerde zubereitete Moorbäder. Solquelle mit kräftiger Radioaktivität. Elektr. Lichtbäder. Kurpark in Verbindung mit dem romantisch gelegenen Zoologischen Garten auf dem Reilsberge. In nächster Nähe: Bürgerpark, Burgruine Giebichenstein mit altem Park, Klaus- und Galgenberg. Nachtigalleninsel und Bergschenke. Wohnungen im Kurhause und in den Villen des Bades. Aerztliche Behandlung übernehmen alle medizinischen Professoren und Aerzte Halles. Medizin. Leitung des Bades: Geh. San.-Rat Dr. Mekus. Das Bad ist Eigentum der Stadt Halle a. S. und wird von dieser selbst verwaltet. Der reichillustrierte Prospekt wird Interessenten auf Wunsch kostenfrei zugesandt. Fernruf: Direktion, Halle a. S. Nr. 6844. Badeanstalt: Fernruf Nr. 2675 (für Bestellung der Bäder). [1050

Möbel

sind in großer Auswahl vorrätig. Wir haben kompl. Schlafzimmer-, Küchen-, auch ganze Wohnungs-Einrichtungen, ferner einzelne Bettstellen mit Patentrahmen und dreiteiligen Auflegematratzen, Spiegel, Trumeaus, Schreibtische, Sessel etc., Federbetten, Plüschsofas.

Bequeme Zahlungsweise.

Eichmann & Co.

Größt. Waren- u. Möbel-Kredithaus Gr. Ulrichstr. 31, Eingang Schulstraße.

Weißenfels.

Gasthof Roter Löwe.

Freundliches Familienlokal der Neustadt.

Empfiehlt täglich, auch außer dem Hause, vorzüglich gepflegtes [1377

Oettler-Lagerbier, hell, sowie Kulmbacher St. Petri, dunkel.

Fahrräder

Nähmaschinen 30 M.

Großes Lager

gebr. Möbel:

Sofas, Bettfedern, kompl. Bettstellen, Vertikows 75 M., Kommoden und Kleiderschränke von 60 M. verkauft

R. Sachse

Hohenmölsen, Lützner Str. 7.

Spielwaren

in großer Auswahl

zu billigen Preisen

1336] im Kaufhaus

H. Elkan,

Leipziger Straße 87.

Schuhe und Stiefel

werden besohlt und repariert [900

Burgstraße 48, p. r.

Fruchtpressen

3.75, größer 4.50

C. F. Ritter

Leipziger Str. 90.

Peißnitz.

Sonnabend, den 20. Juli abends 8 Uhr

Volkskonzert

d. Stadttheater-Orchesters

Eintritt 20 Pf. [1378

Thalia-Theater.

Sonntag, den 21. Juli, abends 7 1/2 Uhr:

Bunter Abend.

Abschiedsabend für Marg. Dorp, Olga Biebermann, Mag Gehardt, Ludwig Maßen, unter Leitung von Paul Förster, ehem. Mitglieder des Stadttheaters.

Die Hasenpfote.

Heiteres und Gesangsvorträge.

Lieder zur Laute.

Kurmärker und Picarde.

Preise wie bei allen Gastspielen des Stadttheaterpersonals. [1374

Ein vollständiges Bett und ein Sofatisch zu verkaufen. Koch, Reilstr. 37, IV.

In freien Stunden

Wochenschrift voll spannender Romane und Erzählungen.

Preis 15 Pf.

Buchhdlg. Volksstimme, Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Die Gleichheit

Sozialdemokratische Frauenzeitung

Nr. 8 eingetroffen.

Buchhandlung Volksstimme Halle, Gr. Ulrichstraße 27

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180719-17/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 164. Halle, Freitag den 19. Juli 1918. 2. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 19. Juli 1918.

Ferienbeginn.

Wie ein Jauchzen aus Kinderkehlen geht es durch die großen Städte: Ferien! Lange Wochen frei von Stillsitzen, frei von Schularbeiten winken! Mag der Himmel auch manchmal noch so regenverfangen und unsicher dreinschauen, — das Gefühl der Freiheit vermag er den Kleinen nicht zu trüben! Tausend Pläne sind geschmiedet, die nun ausgeführt sein wollen! Namentlich diejenigen, die in den staubigen Gassen der Stadt bleiben müssen und nicht zu Verwandten oder Bekannten hinaus aufs Land können, haben es sich vorgenommen, jeden Tag und jede Stunde weidlich auszunutzen. Hinaus in die Nachbardörfer wollen sie streifen, in den Wäldern wollen sie sich tummeln, im Flusse baden, auf den Feldern Blumen pflücken; nebenbei wollen sie sich natürlich auch der Mutter nützlich machen: Gänge besorgen, Lebensmittel zusammenholen, im Haushalt helfen!

Freude und Erwartung haben die kleinen Gesichter am letzten Schultage förmlich verklärt. Mit dem letzten Glockengeläuten haben sie sich nach den letzten Abschiedsworten des Lehrers in hellen Haufen durch die Tür gedrängt. Keinerlei Balgerei gab es mehr. Die Freunde schlossen sich zu kleinen Gruppen zusammen und zogen gemeinsam des Weges. Es gab jo noch so unendlich viel durchzubesprechen und zu beraten. Und gleich morgen früh sollte mit dem ersten Punkte des Ferienprogramms pünktlich begonnen werden.

Mit lebhaften Bewegungen und beredter Aussprache ging es heimwärts. All die sonstigen Sehenswürdigkeiten der Straße vermochten diesmal die Aufmerksamkeit der Kleinen nicht auf sich zu lenken. Und fast wäre man bei weitem früher daheim gewesen als gewöhnlich, hätte es nicht zum Schlusse nochmals eine eindringliche Wiederholung alles dessen gegeben, woran man unbedingt am kommenden Morgen zu denken hatte. Dieses Abweichen vom Alltäglichen aber hatte den ganzen Straßen zu dieser Stunde eine besondere Weihe verliehen. Wie Feststimmung lag es in der Luft, als ob frohe Banner wehten und unsichtbare Glocken tönten. Aus all den kleinen Gesichtern aber, mit den blanken, lachenden Kinderaugen stand es groß und deutlich geschrieben: Ferienanfang!

•

Kommunale Möbelbeschaffung.

Ueber dieses Thema bringt das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands nachstehenden Artikel, der um deswillen wiedergegeben sei, weil er von sozusagen gewerkschaftlich-offiziöser Seite kommt:

Während in den ersten beiden Kriegsjahren eine starke Zurückhaltung im Kauf von Möbeln und Einrichtungsgegenständen zu beobachten war, hat sich im dritten und noch mehr im vierten Kriegsjahre eine gewaltige Steigerung des Bedarfs an Hausrat bemerkbar gemacht. Heute kann die Nachfrage durch das Angebot bei weitem nicht ausgeglichen werden, so daß ohne Uebertreibung von einer wachsenden Möbelnot, die sich der ständig zunehmenden Wohnungsnot zugesellt, gesprochen werden kann. Diese Schlage hat bereits eine geradezu ungeheuerliche Preissteigerung auf dem Möbelmarkt zur Folge gehabt, eine Preissteigerung, die zu einem guten Teil auf die rücksichtslosteste „Ausnutzung der Konjunktur" zu wucherischer Bereicherung durch Möbelerzeuger und Möbelhändler zurückzuführen ist. Das zeigt sich besonders im Handel von Altmöbeln, für die Möbelträdler durch Anzeigen in den Tageszeitungen schon um 350 Proz. höhere Preise geboten haben, als früher gezahlt wurden, so daß beim Weiterverkauf eines alten Möbelstückes durch den Altmöbelhändler natürlich ein Vielfaches des Preises gefordert wird, der früher für dasselbe Möbel im ungebrauchten Zustande verlangt und gezahlt worden ist. Wie für gebrauchte, so sind auch die Preise für neue Möbel ganz außerordentlich gestiegen. Neuer Hausrat wird heute schon zum Fünffachen des Preises gehandelt, der vor dem Kriege und in den ersten Kriegsjahren üblich war. Wenn auch nicht zu bestreiten ist, daß die Preise der Rohstoffe, besonders des Holzes, und die Herstellungskosten in den vier Kriegsjahren gestiegen sind, so steht doch die Preissteigerung für das fertige Produkt in gar keinem Verhältnis zu diesen erhöhten Herstellungskosten.

Diese Zustände werden sich zweifellos noch bedeutend verschlimmern, wenn ihnen nicht bald und mit aller Entschiedenheit entgegengewirkt wird. Denn der Friedensschluß wird mit dem gesteigerten Wohnungsbedarf auch eine weitere gewaltige Steigerung des Möbel- und Hausratbedarfs mit sich bringen, sobald die jetzt noch im Felde stehenden kriegsgetrauten Soldaten in das bürgerliche Lebeg zurückkehren und eigene Hausstände zu begründen bemüht sein werden, und sobald zahlreiche andere, die wegen des Krieges ihre Eheschließung hinausgeschoben haben, heiraten und einen eigenen Hausstand schaffen wollen. Es wird sich daher nicht mehr darum handeln, der gegenwärtigen Preistreiberei und dem schon herrschenden Möbel- und Hausratwucher einen Damm entgegenzusetzen, sondern man wird auch Mittel suchen und Wege beschreiten müssen, um der weiteren Steigerung des Bedarfs an Möbeln und Hausrat im Interesse der Kriegsgetrauten und der die Eheschließung planenden Bevölkerungskreise entgegenzukommen und eine wucherische Uebervorteilung dieser Kreise beim Kauf von Möbeln zu verhüten.

Eine Wirksamkeit in dieser Richtung ist in erster Linie die Aufgabe der Gemeinden. Diese werden Einrichtungen schaffen müssen, um den Altmöbelhandel dem Wucher der Möbelträdler zu entziehen und unbenutzte alte Möbel und Einrichtungsgegenstände zu angemessenen Preisen der Benutzung durch Möbelbedürftige wieder zugänglich zu machen. Und sie werden auch Maßnahmen zur Steigerung der Erzeugung neuer Möbel zu treffen haben.

Zu diesem Zwecke müßte zunächst auf dem Gebiete des Altmöbelhandels der private Möbelrödel ausgeschaltet und die Bewirtschaftung der Altmöbel in gemeindlicher Verwaltung oder wenigstens unter gemeindliche Aufsicht gebracht werden, sofern diese Bewirtschaftung privaten Körperschaften, gemeinnützigen Gesellschaften und Vereinigungen überlassen oder übertragen wird. Die Bewirtschaftung der Altmöbel müßte ihren Aufkauf, ihre Instandsetzung und ihren Verkauf umfassen.

Eine Vorbedingung des Aufkaufs gebrauchter Möbel und Einrichtungsgegenstände ist ein Verbot von Möbelversteigerungen sowie jedes privaten An- und Verkaufs alten Hausrats durch Händler oder vorgeschobene Privatpersonen. Hinter den im Anzeigenteil der Zeitungen angekündigten sogenannten „Verkäufen aus Privathand" stehen in den meisten Fällen ebenfalls Händler, und bei den Versteigerungen hat sich ein Schiebertum herausgebildet, das den privaten Mitbieter gar nicht aufkommen läßt. Alle Altmöbel, Nachlässe usw. müßten dafür von Beauftragten der gemeindlichen Altmöbelstelle aufgekauft werden zu Preisen, die dem normalen Werte der Altmöbel angemessen sind; diese Preise würden, wenn eine Einigung mit dem Verkäufer nicht zu erzielen ist, durch einen vereidigten Taxator festzustellen sein. Gegebenenfalls würde auch die Beschlagnahme von Nachlässen und allen unbenutzten Möbeln für die städtische Bewirtschaftung durchgeführt werden müssen. — Eine reiche Quelle für die Erwerbung von Altmöbeln bieten zweifellos in der Zeit nach Friedensschluß die für die Kriegszeit eingerichteten Schreibstuben und Verwaltungsräume der Militärbehörden in der Heimat und in den Etappen. Die Gemeinden müßten schon jetzt bemüht sein, sich die in diesen Bureaus stehenden Möbel, sobald sie nicht mehr gebraucht werden, unter Ausschaltung privater Aufkäufer bei den Militärbehörden zu sichern.

Zur Instandsetzung gebrauchter Möbel und Einrichtungsgegenstände müßten Einrichtungen getroffen werden, die, wenn nicht unmittelbar von den Gemeinden selbst verwaltet werden, unter deren Aufsicht stehen müßten.

Zum Verkauf der aufgebesserten Altmöbel müßten diese in der Altmöbelstelle ausgestellt werden. Die Abgabe müßte zu einem billigen Preise erfolgen, der aus den Anschaffungs- und Instandsetzungskosten zuzüglich eines kleinen Aufschlags für Verwaltung, Miete der Ausstellungsräume usw. zu berechnen wäre. Der Verkauf sollte, wie die Kleiderabgabe, nur gegen Bezugsschein erfolgen.

Die Förderung der Erzeugung neuer Möbel erfordert in erster Linie große Geldmittel, die von den Gemeinden flüssig gemacht und für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden müßten, unter Umständen als Grundstock für eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht, die unter Mitwirkung der betreffenden Stadtverwaltung und unter Heranziehung aller in Frage kommenden Kreise zu begründen wäre. In einer Reihe deutscher Städte, so in Breslau, Nürnberg, Magdeburg, Kiel usw. wurde dieser Weg bereits beschritten oder seine Beschreitung vorbereitet.

Da diese Ausführung aber vollständig von der ausreichenden Beschaffung der Rohstoffe, besonders des Holzes, abhängt, müßte die Stadt oder die von ihr ins Leben gerufene G. m. b. H. bemüht sein, sich durch große Abschlüsse diese Rohstoffe zu möglichst günstigen Bedingungen zu sichern. Ebenso müßte versucht werden, das jetzt von den Militärbehörden für Kriegführungszwecke benötigte Holz nach Friedensschluß durch die Gemeinden zu erwerben und der Möbelversorgung nutzbar zu machen.

Um der möbelbedürftigen Bevölkerung die Möglichkeit eines Ueberblicks über die verschiedenen Möbel- und Einrichtungstypen zu geben, würden von der Gemeinde oder der G. m. b. H. Ausstellungsräume einzurichten sein, die je ein Stück oder je eine Einrichtung der verschiedenen Typen enthalten müßten.

Auch die Abgabe der neuen Möbel müßte zu einem möglichst niedrig zu bemessenden Preise erfolgen, der aus den Gestehungskosten zuzüglich eines kleinen Gewinnzuschlags zu berechnen wäre. Die Kriegsteilnehmer und Kriegsgetrauten, die im Felde keine Gelegenheit hatten, die zum Kauf einer Einrichtung notwendigen Mittel zu ersparen,, sind auf deren Anschaffung nach dem System der Abzahlung angewiesen. Dieser Sachlage müßten die Gemeinden gerecht werden durch die Festsetzung einer leicht erschwingbaren Anzahlung und einer langsamen Abzahlung des Preises der abgegebenen Möbel. Nur dadurch könnte den privaten Abzahlungsgeschäften das Wasser abgegraben und der Möbelkäufer vor Abhängigkeit und Uebervorteilung durch diese Geschäfte bewahrt werden.

Weitere Schritte sind Sache der Kriegswucheramter, die entschiedener, als es bisher geschehen ist, gegen die Preistreiber und Wucherer auf dem Gebiete des Möbelhandels vorgehen müßten. Die nötigen Unterlagen würden verhältnismäßig leicht durch die Preisprüfungsstellen zu beschaffen sein, vielleicht auch durch öffentliche Aufforderungen zur Meldung solcher Personen, die beim Möbelkauf übervorteilt zu sein glauben und deren Angaben durch die Preisprüfungsstellen zu untersuchen und an die Kriegswucheramter weiterzuleiten wären.

---

* **Vom Generalkommando** wird uns geschrieben: Durch die Zeitungen des Korpsbezirks geht eine Notiz über „Persönlichkeitsausweis bei Eisenbahnfahrten", die den für den Korpsbezirk in der Bekanntmachung vom 2. Oktober 1917 gegebenen Bestimmungen nicht vollständig entspricht und deshalb leicht für Reisende zu Unzuträglichkeiten führen kann. In der oben angeführten Bekanntmachung ist vorgeschrieben, daß sich nichtwehrpflichtige Inländer durch einen behördlichen Ausweis mit Angabe der Staatsangehörigkeit, des Wohnortes und des Alters auszuweisen haben. Diesen Anforderungen entsprechen die in der Zeitungsnotiz aufgeführten Papiere z. B. Schulzeugnisse, Steuerquittungen, Radfahrkarten usw. jedenfalls nicht. Bei Vorzeigung nur solcher Ausweise laufen die Reisenden also Gefahr, von der Eisenbahnfahrt ausgeschlossen zu werden.

* **Die Meldepflicht des unausgebildeten Landsturms.** Vom Zivilvorsitzenden der Ersatzkommission wird erneut darauf hingewiesen, daß die unausgebildeten Landsturmpflichtigen nach erfolgtem Aufruf des Landsturms den militärischen Melde- und Kontrollvorschriften unterliegen, insbesondere beim Wechsel des Aufenthaltsortes sich am bisherigen Aufenthaltsorte von der Landsturmrolle ab- und im neuen Aufenthaltsorte zu dieser sofort wieder anzumelden. Hiervon werden auch diejenigen Wehrpflichtigen betroffen, die als dauernd dienstunbrauchbar ausgemustert worden waren, sich aber auf Grund des Gesetzes vom 4. September 1915 erneut haben melden müssen. Die noch nicht Gemusterten, sowie diejenigen, die bei den Kriegsmusterungen nicht ausgehoben, fordern zurückgestellt sind (Entscheidung: zeitig untauglich, oder zeitig garnison- oder arbeitsverwendungsunfähig oder dauernd kriegsunbrauchbar) haben die Meldungen im Stadthause, Schmeerstr. 1, Zimmer 18, zu bewirken. Für diejenigen, die bei den Musterungen ausgehoben worden sind (Entscheidung: kriegsverwendungsfähig, dauernd oder zeitig garnisonverwendungsfähig oder arbeitsverwendungsfähig), ist das Königliche Bezirkskommando, Dessauer Straße 69, die zuständige Meldestelle. Unterlassung der Meldung hat Bestrafung nach den Militärstrafgesetzen zur Folge.

* **Ueber den Gesundheitszustand in Halle** unter Einfluß der Influenza-Erkrankungen gibt die Allgemeine Ortskrankenkasse den bürgerlichen Blättern eine Aufstellung insoweit, als sich das im Krankenbestand dieser Kasse äußert. Danach verzeichnete die Allgemeine Ortskrankenkasse am 30. Juni einen Krankenbestand von 1003, gegenüber einem Mitgliederbestand von 33 889, so daß 2,87 Prozent krank gemeldet waren. Im Monat Juni standen 1439 Neuerkrankungen 1464 Gesundmeldungen gegenüber. Danach hat die Influenza-Epidemie, da die Gesundmeldungen bis Ende Juni der Zahl nach größer waren als die Neuerkrankungen, mit dem 1. Juli eingesetzt. Vom 1. bis 12. Juli stieg die Zahl der erwerbsunfähig erkrankten Kassenmitglieder um 567 Versicherte und fiel am 13. Juli um 167, so daß noch 396 Versicherte mehr als am 30. Juni erwerbsunfähig krank gemeldet waren. Mit Ausnahme des 6. und 18. Juli (Sonnabende) ist eine Zunahme des Kranken-

---

Handel und Wandel.

[8] Von F. W. Hackländer.

So langsam ich mich anzog, so wurde ich doch am Ende fertig und zauderte immer, hinabzugehen. Es verstrich eine Stunde. Der Herr Block kam zurück und brachte mir keine tröstlichen Nachrichten; es hatte sich alles gegen mich verschworen; der Doktor war über Land, und mein Freund, der Kassierer, lag zu Hause unwohl im Bett. Bei der Abwesenheit desselben hatte man in dem Bankierhause die große Kasse nicht geöffnet und ein anderer Kommis besorgte die Auszahlungen aus der Handkasse. „Sei ruhig", schrieb mir der Kassierer mit Bleistift auf einen kleinen Zettel, „ich werde nachmittags aufstehen und aufs Kontor gehen, vielleicht läßt sich da was machen."

Der entscheidende Moment war gekommen, ich nahm meinen Hut und ging langsam die Treppe hinunter nach dem Zimmer der Prinzipalin; unten begegnete mir Emma. Diese sah geisterhaft bleich aus, und ihre großen Augen sahen mich wahrhaft gespenstisch an, sie wollte mich aufhalten und mit mir sprechen, doch winkte ich ihr mit der Hand, denn ich hatte meine ganze Fassung notwendig. Sie eilte fort und ich klopfte an die Zimmertür der Prinzipalin.

„Herein!"

Ich holte tief Atem, ehe ich eintrat.

Madame Stieglitz hatte die Hand auf den Tisch gestützt und sah mich ernst, aber eher traurig, als zornig an. Der Buchhalter lehnte mit gefalteten Händen an dem Fenster und schaute hinauf in den grauen Novemberhimmel. Es trat eine ziemliche Pause ein, die ich zuerst unterbrach, indem ich sagte: „Madame, es ist mir gestern ein großes Unglück passiert, allerdings ein sehr großes Unglück, das ich wieder gutzumachen hoffe."

Die Prinzipalin zuckte die Achseln und der Buchhalter stand bewegungslos.

„Ich habe vorgestern", fuhr ich ruhig fort, „auf ein Privatschreiben von Ihnen ein Inkasso gemacht im Betrag von fünfhundert Talern, welche Summe ich empfing, und welche Summe ich in der Nacht vom Samstag auf den Sonntag — — verlor."

Madame Stieglitz fuhr kaum merklich zusammen, als sie mein Geständnis vernahm, und wiederholte mit ungläubigem Tone fragend, mein letztes Wort: „Verlor?"

„Im Spiele vielleicht", ergänzte der Buchhalter.

Ich warf ihm dafür einen verächtlichen Blick zu und fuhr fort: „Ja, Madame, verlor, aber nicht in dem Sinn, wie der Herr Specht meint."

„Und in der Nacht vom Samstag auf den Sonntag?" fragte die ernste Frau.

„Ja, Madame; ich will offenherzig sein; ich war in einer lustigen Gesellschaft, wir hielten ein letztes Souper, womit wir alle unser etwas leichtsinniges Leben zu beschließen gedachten. Dort, oder beim Nachhausegehen oder, der Himmel mag wissen, wo? verlor ich das Paket mit den Kassenanweisungen, das ich hier in meiner Brusttasche verwahrt hatte."

Der Buchhalter wandte sich mit einem vielsagenden Blick zur Prinzipalin, welche langsam und feierlich den bewußten Brief vom Tische nahm, ihn mir entgegenhielt und mit dem tiefen Ton, der so eigentümlich klang, wenn sie heftig erschüttert war, fragte: „Und wer hat diesen Brief geschrieben?"

Ich sah ihn Mächtig an und entgegnete: „Wenn Sie ihn nicht geschrieben haben, Madame, so mag Gott wissen, wer es getan hat; ich weiß nichts davon, ich habe ihn nur gefegelt und fortgetragen."

Hätte der Herr Block mich nicht unterrichtet, daß die Prinzipalin versichert habe, sie hätte diesen Brief nicht geschrieben, so hätte ich diese verfängliche Frage mit viel größerer Bestürzung und Entrüstung beantworten können, als so, und man konnte nach der Ruhe meiner Entgegnung voraussetzen, daß es mich sehr überraschte, zu erfahren, dies Schreiben sei verfälscht; ich mußte mir später gestehen, daß ebendies den Verdacht, den man auf mich geworfen hatte, sehr bestärkte.

„Also Sie siegelten ihn und trugen ihn fort?" fragte der Buchhalter, „warum tat dies nicht der Herr Block, wie es Gebrauch ist?"

Ich zuckte die Achseln. — „Weil der Herr Block nach Hause eilte und ich gerne jemand einen Gefallen erzeige."

„Auch ist dieser Brief", forschte Madame Stieglitz weiter, „nicht in das Buch eingetragen."

„Das habe ich leider vergessen", sagte ich, und mein Zorn regte sich bei den sonderbaren Fragen und bei dem höhnischen Lächeln des Buchhalters. „Madame", sprach ich ernst und ruhig, „ich sagte Ihnen schon früher, daß mir das Unglück begegnet sei, das Geld zu verlieren; ich will es ersetzen, so schnell es in meinen Kräften steht, und ich hätte wirklich geglaubt, daß man das Unglück eines treuen Dieners nicht so streng nehmen sollte, und dann begreife ich nicht, warum Herr Specht sich nicht entfernt, wenn er sieht, daß ich eine Unterredung mit Ihnen habe."

„Es ist mein Wille, daß er dableibt", versetzte die Frau, und setzte bitter hinzu: „Was das Unglück eines getreuen Dieners anbelangt, so —"

„Ließe sich viel darüber denken und sagen", ergänzte der Herr Specht.

„Und was? Herr —"

„Nun", sagte er kalter Stimme, „daß die ganze Geschichte sehr sonderbar ist; der Brief ist gefälscht, Sie gestehen ein, daß Sie ihn gesiegelt und fortgebracht haben, das Geld ist verschwunden, und es fällt Ihnen erst heute ein, davon zu sprechen, obgleich der ganze gestrige Tag dazwischen liegt."

Meine Hand zuckte, und ich hielt mühsam an mich. „Allerdings", sprach ich mit tonloser Stimme, „ich hätte gestern morgen gleich mit Madame Stieglitz über diesen Verlust sprechen sollen, doch hoffte ich immer, das Paket wiederzufinden, und ich muß gestehen", setzte ich offen hinzu, „daß ich glaubte, in einem Hause zu sein, wo ein niedriger schlechter Verdacht nicht leicht aufkommen könne."

„Aber eben dieser Verdacht", sagte giftig der Buchhalter, „scheint leider begründet."

„Wie begründet, Herr, und wodurch?"

„Durch diesen Brief, den Sie — —"

„Den Sie?"

„Wahrscheinlich selbst verfertigt haben." —

Das war zu viel, die Prinzipalin verhüllte ihr Gesicht mit dem Schnupftuch, ich stand einen Moment wie niedergedonnert, dann erfaßte mich eine namenlose, unbeschreibliche Wut, meine Hand zuckte nach dem zusammengeschlagenen Messer, das auf dem Tisch der Prinzipalin lag; der Buchhalter wurde weiß wie die Wand, als er einen Blick auf dies Messer warf und meine Bewegung sah, und auch ich fuhr bebend zurück, als es meine Hand schon fast erreicht hatte — es war das Messer des Prinzipals, das Madame Stieglitz sich selbst zur Quol dort aufbewahrte.

„Nein, nein", brachte ich mühsam hervor und fuhr mit der Hand über die Augen, die mir, wie ich fühlte, feucht wurden, „nein, nein, das war gewiß nur ein bitterer Scherz, Madame, von Ihnen wenigstens, wenn auch nicht von jenem — von jenem schlechten Subjekte —!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180719-17/fragment/page=0005

bestandes zu verzeichnen, die hinsichtlich der Intensität vom 13. Juli an eine merkliche Abnahme erkennen läßt. Die geldlichen Anforderungen sind entsprechend der vergrößerten Krankenzahl wesentlich erhöht. Gegenüber dem Vorjahre sind in derselben Zeit rund 10 000 M. an Krankengeld mehr ausgezahlt worden. Sterbefälle, die auf die Influenza zurückzuführen sind, haben wir in der Zeit drei zu verzeichnen. In der neuen Woche zeigt sich eine weitere, wenn auch nicht so erhebliche Zunahme der Krankheitsfälle, wie in den Vorwochen.

* **Weitere besondere Zuckerverteilungen.** Amtlich wird mitgeteilt: Durch den Erwerb von Zucker in der Ukraine, von dem eine gewisse Menge in Deutschland bereits eingetroffen ist, wird es möglich sein, nicht nur die Süßigkeitindustrie in dem zu Anfang des Wirtschaftsjahres vorgesehenen Umfange weiter mit Zucker zu beliefern, sondern auch die bisher ausgeteilten Einmachezuckermengen von 600 000 Zentner auf die vorjährige Menge von 900 000 Zentnern zu erhöhen und außerdem eine Menge von 150 000 Doppelzentnern den Bundesregierungen für besondere Zwecke Ausgleich von Härten, Versorgung von Krankenanstalten, gegebenenfalls auch zum Ersatz für ausgefallene Brotmengen) zuzuteilen. Die Reichszuckerstelle wird die Bezugsscheine sofort nach Beendigung der Verteilungsarbeiten ausstellen.

* **Verdienstmöglichkeiten für Frauen.** Vom Magistrat wird uns geschrieben: In wenigen Wochen beginnt das 5. Kriegsjahr, und das deutsche Volk sieht heute mit berechtigtem Stolz auf die gewaltigen Leistungen zurück, die es in einmütigem Wollen gegen eine Welt von Feinden vollbrachte. Noch aber gibt es weiterzukämpfen, und dringend nötig sind uns alle verfügbaren Kräfte, um unsere gute Sache zu glücklichem Ende zu bringen. Jede noch müßige Frauenhand sollte sich ungesäumt der Rüstungsindustrie zur Verfügung stellen. Für Frauen und Mädchen aller Stände und Berufe ist hier Arbeit vorhanden, die an die Körperkraft nicht zu große Anforderungen stellt, aber hoch bezahlt wird, so daß der Verdienst ein entsprechends Gegengewicht gegen die ständig steigenden Kosten der Lebenshaltung bietet. Außerdem gereicht das Schaffen im Heimatheer jeder deutschen Frau zur Ehre und gibt ihr die beruhigende Gewißheit, nach Kräften zur Sicherheit unserer kämpfenden Soldaten beigetragen zu haben. Anmeldungen zur Arbeit in der Rüstungsindustrie werden im Hilfsdienstzimmer des Städtischen Arbeitsamtes, Leipziger Str. 16, entgegengenommen.

* **Einschränkung des Reiseverkehrs.** Um der Ueberfüllung der Personenzüge während des bevorstehenden Ferienverkehrs Abhilfe zu schaffen, werden in der Zeit vom 19. bis einschließlich 24. Juli vom Eisenbahn-Verkehrsamt verschiedene besondere Maßnahmen durchgeführt. Die Fahrkarten werden nur am Reiseantrittstage, nicht schon am Vortage, verkauft. Die Fahrt muß am ersten Gültigkeitstage der Fahrkarte angetreten werden. Der Fahrkartenverkauf beginnt eine Stunde vor Zugabfahrt. Ist die für den Zug bestimmte Höchstzahl von Fahrkarten bereits verkauft, dann wird dies am Schalter durch Ausruf bekanntgegeben. An Aerzte, Tierärzte, Hebammen, Geistliche und die sie begleitenden Küster werden nach Vorzeigung ihres Ausweises über den Zweck der dringlichen Fahrt auch Fahrkarten über die Höchstzahl ausgegeben. Bahnsteigkarten werden nicht verkauft und sind an den oben erwähnten Tagen ungültig. Fahrkarten für die Rückfahrt oder Doppelkarten werden nicht ausgegeben.

* **Briefmarken und Postkarten im Kriege.** Auch die Briefmarken und die Postkarten stehen im Zeichen des Krieges. Wer heute eine Briefmarke auf einen Brief kleben will, muß sie sehr vorsichtig anfeuchten, denn der Klebstoff der Marken ist so schlecht, daß er leicht abgewischt wird, so daß die Marke oft abfällt. Wer aber eine Postkarte schreiben will, der — schreibe lieber einen Brief, denn über die Postkarte ärgert er sich nur. Einmal verläuft die Schrift, als wenn man auf Löschpapier schriebe, und dann ist das Papier so flockig, daß die Feder beständig hängen bleibt. Die Postverwaltung stellt nicht in Abrede, daß sich die Postkarten und der Klebestoff der Briefmarken gegen Friedenszeit sehr verschlechtert haben. Die Ursache dafür ist in gewissen Schwierigkeiten zu suchen, die sich neuerdings bei der Herstellung des Klebestoffes und des Papiers ergaben und die sich vor der Hand nicht beseitigen lassen. Sie müssen als Begleiterscheinung des Krieges hingenommen werden.

* **Selbstmordversuch.** Am Mittwoch vormittag sprang ein Dienstmädchen am Sandanger in die Saale, um sich das Leben zu nehmen. Es wurde von mehreren Männern wieder herausgezogen und dem zuständigen Polizeirevier zugeführt. Angeblich bildeten Zwistigkeiten mit der Dienstherrschaft den Grund zur Tat.

* **Ertränkt?** Am Mittwoch abend wurden auf der schwarzen Brücke in der Herrenstraße eine bunte Frauenschürze, ein weißes Taschentuch, gez. L. A. und ein Brief ohne Unterschrift gefunden. Nach den Aufzeichnungen hat die Eigentümerin der Sachen Selbstmord durch Ertränken verübt.

* **Felddiebstähle.** Durch berittene Polizeibeamte wurden gestern drei Frauen beim Aehrendiebstahl und eine Frau beim unbefugten Betreten eines Rübenfeldes betroffen. Ihre Namen sind festgestellt.

* **Logisdiebinnen.** Am Dienstag, gegen 2 Uhr nachmittags, haben zwei Frauen bei einer Zimmervermieterin in der Gr. Märkerstraße ein Zimmer gemietet. Aber schon nach einer Stunde sind sie wieder fortgegangen und haben dabei eine dunkelblaue Kamelhaardecke mit weißen Streifen, einen weißen Leinenbezug mit Perlmutterknöpfen, ein weißes Matrosenkleid mit blauem Kragen, ein grün- und graukariertes wollenes Kleid mit langer Bluse, ein weiß- und blaugestreifes Kleid mit ausgezacktem Rand, einen weißen Unterrock, zwei Perlhandtaschen und noch andere Sachen mitgenommen. Die Diebinnen haben angegeben, von Eisleben zu kommen, wo ihre Eltern den Thüringer Hof besäßen. Beide sind 25 bis 29 Jahre alt; die eine hellblond, mittelgroß, schlank, blaue Augen, mit braunem Spitzenkleid und Unterkleid bekleidet, die andere ebenfalls mittelgroß, schlank, dunkelblond, blaß, hat große, vermeintlich künstliche Zähne und war bekleidet mit weißem Leinenkleid mit schwarzem Sammetgürtel, schwarzem Hut mit Federflügel. Wer Angaben zur Ermittlung der beiden Personen machen kann, wird ersucht, sich bei der Kriminalpolizei (Zimmer 36) zu melden.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Volkskonzert auf der Peißnitz. Bezugnehmend auf die Anzeige in der gestrigen Nummer unseres Blattes sei darauf aufmerksam gemacht, daß Sonnabend, den 20. Juli, abends 8 Uhr, auf der Peißnitz ein Volkskonzert des Stadttheater-Orchesters unter Leitung von Kapellmeister Karl Röhren stattfindet. Eintrittskarten zum Preise von 20 Pf. sind zu haben in der Hofmusikalienhandlung Heinrich Hothan.

Aus der Provinz.

Landwirtschaftliche Ueberwachungsbeamte.

Nachstehend seien die Bestimmungen der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 über die behördliche Kontrolle mit dem Bemerken veröffentlicht, daß zu den von der Reichsgetreidestelle beauftragten Personen insbesondere auch die von deren Geschäftsabteilung angestellten Ueberwachungsbeamten gehören, die mit einem besonderen Ausweis versehen sind:

Die Beamten der Polizei und die von der Reichsgetreidestelle, von den Landeszentralbehörden oder den von ihnen bestimmten Stellen, von den Kommunalverbänden oder von der Polizeibehörde beauftragten Personen sind befugt, in die Räume, in denen Früchte verarbeitet werden, jederzeit, in die Räume, in denen Früchte oder daraus hergestellte Erzeugnisse aufbewahrt, feilgehalten oder verpackt, oder die Geschäftsbücher verwahrt werden oder in denen Früchte oder daraus hergestellte Erzeugnisse zu vermuten sind, während der Geschäfts- oder Arbeitszeit einzutreten, daselbst Besichtigungen vorzunehmen, Geschäftsaufzeichnungen einzusehen, die vorhandenen Vorräte festzustellen und nach ihrer Auswahl Proben gegen Empfangsbestätigung zu entnehmen.

Die Eigentümer der Vorräte und die Besitzer der Räume sowie die von ihnen bestellten Betriebsleiter und Aufsichtspersonen haben den nach Abs. 1 zum Betreten der Räume Berechtigten auf Erfordern die Vorräte sowie deren Herkunft, insbesondere bei Erwerb von Dritten den Veräußerer nach Namen und Wohnung und den Kaufpreis, anzugeben und Auskunft über die Betriebsverhältnisse zu erteilen. Sie haben zum Betreten der Räume Berechtigten auf Erfordern bei der Feststellung der Vorräte Hilfe zu leisten, nach deren Anweisungen Probeverarbeitungen vorzunehmen und den Betrieb während der Besichtigung einzustellen. Wird die Hilfeleistung, die Probeverarbeitung oder die Einstellung des Betriebes verweigert, so kann die zuständige Behörde die erforderlichen Arbeiten auf Kosten des Verpflichteten durch Dritte vornehmen lassen.

Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe sowie deren Betriebsleiter und Aufsichtspersonen haben insbesondere auf Erfordern Auskunft über Namen und Aufenthalt der Selbstversorger zu geben.

Die von der Reichsgetreidestelle oder von der Polizeibehörde beauftragten Personen sind, vorbehaltlich der dienstlichen Berichterstattung und der Anzeige von Gesetzwidrigkeiten, verpflichtet, über die Einrichtungen und Geschäftsverhältnisse, welche durch die Aufsicht zu ihrer Kenntnis kommen, Verschwiegenheit zu beobachten und sich der Mitteilung und Verwertung der Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse zu enthalten.

Merseburg. 1400 Brot- und Buttermarken gestohlen! Auf dem Güterbahnhofe wurde nachts in die dort stehende Baubude der Firma Mühlhaus u. Schulze aus Weißenfels eingebrochen. Gestohlen wurden ein feldgrauer Gummiumhang, ein Jackettanzug, ein Waschjackett und ein Bandmaß, Gegenstände im Werte von 145 M. Außerdem wurde eine in der Baubude befindliche Kiste erbrochen und daraus 984 Zusatzbrotmarken für Schwerstarbeiter und 410 Butterzusatzmarken für die Zeit vom 21. Juli bis 20. August entnommen. Ferner sind einige Ausweispapiere polnischer Arbeiter verschwunden. Als Täter kommen polnische Arbeiter in Betracht, die sich schon seit längerer Zeit in der Stadt und Umgegend umhertreiben.

— Lebensmüd. Einen Selbstmordversuch durch Vergiften unternahm das Küchenmädchen eines hiesigen Hotels aus Liebeskummer. Die Lebensmüde wurde in schwerverletztem Zustande dem Krankenhause zugeführt.

Weißenfels. Schwere Strafen. Der 15jährige Obertertianer Paul Fuß aus Roßbach war als Schüler des Realgymnasiums in Weißenfels täglich mit der Grubenbahn dorthin und zurückgefahren. Am 15. März hatte er nun, wie schon öfters vorher, den Zug verpaßt, so daß er zu Fuße nach Hause wandern mußte. In der Nähe von Reichardswerben hatte er aus Aerger darüber eine eingliedrige Ackerwalze auf das Geleise gerollt. Der Zug war davon entgleist und erheblicher Materialschaden entstanden. Wegen vorsätzlicher Gefährdung eines Eisenbahntransportes ist er jetzt durch die Strafkammer in Naumburg zu der geringstzulässigen Strafe von 1 Jahr Gefängnis verurteilt worden. — In der Fabrik des Kommerzienrats Nolle beschäftigt, hatte die Ehefrau Anna Jones aus Weißenfels Schuhstifte, sogenannte Tear, zum Sortieren mit nach Hause genommen, aber nicht das volle Gewicht zurückgeliefert. Auf diese Weise hatte sie nach und nach gegen 80 Pfund zu je 2 Mark an die Ehefrau des Schuhfabrikanten Alwin Löwe verkaufen können. Löwe, als Oekonomiehandwerker in Magdeburg beschäftigt, hatte die Pakete dann an Kameraden mit 50 Pf. Aufschlag verkauft. Wegen fortgesetzter Unterschlagung wurde Frau Jones zu 2 Monaten, wegen fortgesetzter Hehlerei der Ehemann Löwe zu 2 Monaten, Frau Löwe zu 1 Monat Gefängnis verurteilt.

Naumburg. Zur Kartoffelversorgung wird amtlich mitgeteilt: In den letzten Tagen sind vielfach Klagen beim Lebensmittelamt angebracht worden über die Kartoffelration von 3 Pfund. Die Menge ist an und für sich gering, es war aber die größte Menge, die zu erreichen war. Berlin, Hamburg und Leipzig können wöchentlich nur 1 Pfund verteilen. Es hängt das mit der verspäteten Ernte zusammen. Für die nächste Woche besteht Aussicht, daß eine höhere Ration verteilt werden kann.

Zeitz. Das Verbot der Verfütterung von Nesselstengeln wird nicht genügend beachtet. Deshalb wird vom Magistrat erneut auf die Strafbarkeit aufmerksam gemacht. Außerdem werden die Nesseln vielfach mit dem Gras abgemäht. Sofern das nicht zu umgehen ist, werden die Besitzer ersucht, entweder die Nesseln selbst auszusuchen und bei den Vertrauensleuten oder Sammelstellen abzugeben (M. 28.— pro Doppelzentner), oder das Auslesen durch Schulkinder zu gestatten. Auf jeden Fall müssen die Nesselstengel (mindestens 80 cm Höhe) der Fasergewinnung erhalten bleiben. Wenn irgend möglich, die Nesseln jetzt noch stehen lassen und gleichzeitig mit Stengeln und Blättern den reifen Samen durch Abstreifen ernten! Die Sammeltätigkeit soll auch in den Sommerferien stattfinden.

— Bestrafte Diebinnen. Das Schulmädchen Erna Engelhardt aus Zeitz war vor einiger Zeit wegen Kleiderdiebstahls aus dem hiesigen Lyzeum sowie Erschwindelns von Broten in Theißen verurteilt worden. Jetzt stand vor der Strafkammer in Naumburg noch eine Sache wegen versuchten Betrugs gegen sie an. Sie hatte am Postamt einem andern Schulmädchen zwei Feldpostpäckchen abgenommen, weil angeblich ein Polizeibeamter die Kinder nicht hineinlasse. Diese Zeugin hat aber nicht ermittelt werden können, weshalb die Angeklagte freigesprochen werden mußte. Ihre Mutter, Frau Anna Engelhardt, der sie zwei Jacketts von dem Diebstahl überbrachte und die auch 8 M. aus dem Erlöse des Brotes bekommen und 3 Brote erhalten hatte, wurde wegen Hehlerei zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Ihr Vater, der Bergarbeiter Franz Engelhardt, wurde von derselben Anklage freigesprochen. — Mit falschem Schlüssel hatte die Ehefrau Martha Konrad aus Teuchern die Bodenkammer einer Hausgenossin geöffnet und daraus Bett- und Leibwäsche im Werte von 50 Mark entwendet. Sie wurde wegen schweren Diebstahls zur Mindeststrafe von 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Bitterfeld. Ueber die Starkstromleitung Bitterfeld—Berlin wird noch berichtet: Mit der Lieferung elektrischer Arbeit von dem Großkraftwerk Golpa-Zschornewitz nach Groß-Berlin hat die Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Kriegsamtes, veranlaßt durch die Notwendigkeit, besonders kriegswichtige Briebe in der Elektrizitätsversorgung sicherzustellen, ein bewunderungswürdiges Werk der Kraftübertragung zum Abschluß gebracht. Durch die elektrische Uebertragung wird eine Entlastung der Kohlenzufuhr nach Berlin um täglich 300 bis 400 Tonnen Steinkohle herbeigeführt. Es ist deshalb anzunehmen, daß diese Anlage auch nach dem Kriege große Bedeutung für die heimische Wirtschaft behalten und wohl noch weitere ähnliche Anlagen veranlassen wird. Die Länge der 110 000-Volt-Leitung beträgt 132 Kilometer; sie besteht aus drei Aluminiumseilen von je 120 Quadratmillimeter Querschnitt, die auf eisernen Masten verlegt sind, und zwar an Hänge- und Abspannisolatoren der Hewlettform; über den drei Leitern ist ein eisernes Erdseil von 50 Quadratmillimeter angebracht. Die Masten sind für Aufnahme von drei weiteren Leitern durchgebildet und in Entfernungen von etwa 250 Meter aufgestellt; für die Gründung der Tragmasten wurden Holzschwellen gewählt, während die Abspann- und Eckmasten Betonfundamente erhalten haben; daß zu einer Gründung mittels Eisenbetonpfählen geschritten werden mußte. teilweise war der Untergrund jedoch so ungünstig, Durch die Leitung können etwa 20 000 KW übertragen werden. Da der Bau der Anlage erst im Oktober 1917 begonnen wurde und wesentlich im Winter ausgeführt werden mußte, ist die kurze Bauzeit, noch dazu unter den heutigen Verhältnissen, bemerkenswert.

Wittenberg. Ein schwerer Unglücksfall hat sich in der Malzfabrik von Georg Kindscher ereignet. Der Maschinenwärter Knopke und die Frau Witwe Specht hatten in der oberen Etage den Fahrstuhl mit Säcken besetzt, als sich plötzlich der Fahrstuhl löste und beide mit in die Tiefe riß. Durch den Sturz sind beide sehr erheblich verletzt worden und mußten dem Paul-Gerhardt-Stift zugeführt werden. Wie wir erfahren, ist dort Frau Specht bereits ihren schweren Verletzungen erlegen.

— Ermittelt. Der in der Nacht zum 7. Juli im Hause Jüdenstraße 9 bei dem Arbeiter Nürnberger verübte Kaninchendiebstahl hat jetzt seine Aufklärung gefunden. Bei einem Diebstahl in Leipzig wurden die dortselbst wohnenden Sattler Wilhelm Wendt und Richard Günther abgefaßt und gaben bei ihrem Verhör an, daß sie nach Wittenberg gefahren seien, um von einem Bäckermeister Brot ohne Karten zu holen, und da ihnen dieser nichts gegeben, hätten sie beschlossen, dessen Kaninchen zu stehlen, seien aber irrtümlich an den Stall des N. gekommen und hätten dessen Kaninchen mitgenommen.

Vermischtes.

Einwirkung von Krankheiten auf die Kopfhaut. Im Haar besitzen wir, wie nach der Wiener Klinischen Wochenschrift Dr. Felix Pinkus in einer viele Jahre umfassenden Studie dargelegt hat, ein Gebilde, das eine große Mannigfaltigkeit körperlicher Veränderungen noch nach längerer Zeit zu erkennen gestattet. Nachdem über die normalen Schwankungen der Gestalt, der Dicke und der Markverhältnisse der Haare und ihrer Zellen durch mühevolle Messungen Aufschluß gefunden war, konnte durch die so gewonnenen Vergleichsmöglichkeiten der Volumunterschied bei krankhaften Haarformen beurteilt werden, von denen besonders die Spindel- oder Ringelhaare einer Untersuchung unterzogen wurden. Als Neuentdeckung beim Menschen werden die Bajonetthaare beschrieben, die bei Tieren, z. B. Pferden, schon bekannt waren. Sorgfältige Volumbestimmungen gewähren Aufschluß über die Einwirkung von Krankheiten auf das Kopfhaar. Es zeigt sich, daß örtlich wirkende Erkrankungen, wie Abszesse, sowie Allgemeinerkrankungen, Infektionen, Gifte und Schädigungen unbekannter Natur, an den Haaren deutliche Veränderungen hervorrufen. Nach Verletzungen, fieberhaften Störungen, erheblichen Ernährungsstörungen, zum Teil sogar nach psychischen Träumen, wenn diese mit einer starken körperlichen Schädigung verbunden waren, kommt Farbstoffverlust, Verdünnung und Verminderung des Luftgehalts des Marks oder des ganzen Markstranges zustande. Die Veränderungen waren stets an Stellen gelegen, die nach der Berechnung dem Zeitpunkt der stärksten Störung entsprachen, bei Zugrundelegung eines bestimmten Haarwuchses von 0,4 bis 0,5 Millimeter in einem Tage. Der Uebergang vom gewöhnlichen zum verminderten Haarwuchs hebt sich nur bei einer gewissen Plötzlichkeit der Affektion mit Schärfe ab. Sonst setzt, z. B. bei Syphilis, die Schädigung des Haares so allmählich ein, daß der Beginn der Erkrankung daraus nicht abgelesen werden kann.

Stadttheater Halle.

Das Spieljahr 1917/18.

Von der Direktion des Stadttheaters wird uns folgende Zusammenstellung übergeben: Während des abgelaufenen Spieljahres sind im Schauspiel als bemerkenswert zu bezeichnen die Erstaufführungen von Strindbergs Totentanz I, Sebrechts David, Walter Harlands Jahrmarkt in Pulsnitz, Carl Sternheims Perleberg, Friedrich Lienhards Luther auf der Wartburg, Nikolaus Gogols Revisor. Ibsen kam mit drei seiner Gesellschaftsdramen zum Wort: Ein Volksfeind, Die Stützen der Gesellschaft und Die Gespenster. Von Gerhart Hauptmann kam Hanneles Himmelfahrt zur Aufführung.

51 Vorstellungen waren Klassiker-Aufführungen gewidmet, und zwar wurden gegeben: Goethes Iphigenie auf Tauris, Die Geschwister; Schillers Maria Stuart, Die Braut von Messina, Kabale und Liebe; Lessings Nathan der Weise; Grillparzers Medea; Kleists Das Käthchen von Heilbronn, Der zerbrochene Krug, Prinz Friedrich von Homburg; Shakespeares Die Komödie der Irrungen.

Die höchste Zahl der Aufführungen erreichte „Der zerbrochene Krug“ von Kleist mit 11 Aufführungen. Ferner brachte das Schauspiel als Uraufführungen „Die drei Ruhelosen“, ein phantastisches Spiel von Anton Ohorn, und „Mutter“, ein Schauspiel von Paul Lehmann. Ein Gesamtgastspiel des Neuen Theaters Frankfurt a. M. brachte „Die Koralle“, Schauspiel von Georg Kaiser, der mit diesem Werk zum erstenmal in Halle erschien.

In der Oper wurde aufgeführt: von Mozart Die Zauberflöte, Don Juan, Figaros Hochzeit; von Wagner der fliegende Holländer, Tannhäuser, Die Walküre, Siegfried. Gluck war durch seine „Iphigenie auf Tauris“ vertreten, die in der Bearbeitung von Dr. Richard Strauß erschien. Die zweite Aufführung des Werkes wurde von Dr. Richard Strauß persönlich geleitet.

Besonders zu erwähnen sind die Erstaufführungen der „Serva Padrona“ von Pergolesi, bearbeitet von Prof. Hermann Abert, und von Dittersdorfs „Doktor und Apotheker“. Die beiden Werke wurden auf der neuen, von Leopold Sachse für dieseen Zweck eingerichteten kleinen Spielbühne mit erhöhtem Orchester gegeben. Das zur Aufführung der „Serva Padrona“ benötigte Cembalo stellte Herr Universitätskurator Geheimrat Meyer freundlichst zur Verfügung. Von Cornelius erschien die selten gehörte Oper „Gunlöd“ in der Bearbeitung von Prof. von Baußnern. Die zweite Aufführung des Werkes stand unter musikalischer Leitung des Bearbeiters. Als Erstaufführungen sind ferner Wolf-Ferraris Susannens Geheimnis, Adams König für einen Tag, Lecocqs Girofle-Girofla zu erwähnen.

Von d'Albert kamen „Die toten Augen“ zum erstenmal in Halle zur Wiedergabe, während „Tiefland“ eine Anzahl Wiederholungen erlebte. Kreutzer war durch sein „Nachtlager in Granada“ vertreten, Lortzing durch die komischen Opern Der Waffenschmied, Zar und Zimmermann, Undine. Von Verdi endlich wurden Othello und Der Troubadour zur Aufführung gebracht.

Die Oper brachte ebenfalls eine Uraufführung, und zwar: Gloria Arsena von August Enna. Der Komponist wohnte den beiden ersten Aufführungen des Werkes bei.

Von der Einübung einer neuen Operette wurde in der Winterspielzeit Abstand genommen; lediglich für die Sommerspielzeit ist als Erstaufführung die Operette Die Rose von Stambul von Fall zu erwähnen. Sonst wurde dem Unterhaltungsbedürfnis durch Wiederholung bereits früher gegebener Werke Rechnung getragen.

Nicht uninteressant dürfte die Feststellung sein, daß die Aufführungsziffer des viel gelobten und viel gelästerten Dreimäderlhaus in der vergangenen Spielzeit nur ebenso hoch war wie diejenigen der beiden d'Albertschen Opern Die toten Augen und Tiefland, daß ferner die Gesamtzahl aller während der Winterspielzeit veranstalteten Operetten-Aufführungen wesentlich kleiner war als die Anzahl der im gleichen Zeitraum gegebenen Wagner- und Lortzing-Aufführungen.

In sieben Sinfonie-Konzerten erschienen als Gäste: Edwin Fischer, Prof. Georg Schumann, Generalmusikdirektor Dr. Richard Strauß, Conrad Ansorge, Franz von Vecsey, Prof. Alfred Rahlwes, Adolf Busch, Prof. Paul Grümmer, Fritz Busch.

Die Leitung des Stadttheaters veranstaltete drei Sonder-Aufführungen in Halle zu ganz kleinen Preisen für Rüstungsarbeiter, ferner eine Freivorstellung anläßlich der Goldankaufswoche, sowie eine Freivorstellung für Soldaten, die in den Abendstunden keinen Urlaub erhalten dürfen. Diese fünf Aufführungen fanden im Thalia-Theater statt. Ferner fand im Stadttheater eine Freiaufführung für Hortkinder und eine Freiaufführung für Zeichner von Kriegsanleihe statt. Das Gesamtergebnis der bisher im Stadttheater gezeichneten Kriegsanleihe beträgt rund eine halbe Million Mark. Außerdem wurden unentgeltlich von der Leitung des Stadttheaters sechs Aufführungen dem Garnison-Kommando in Eisleben für Schwerstarbeiter zur Verfügung gestellt. An Verwundete und kriegsbeschädigte Soldaten wurden ebenso wie im vorigen Jahr eine große Anzahl Freikarten verabfolgt.

In Lauchstedt konnten mit liebenswürdiger Genehmigung der Landeshauptmannschaft und des Lauchstedter Theatervereins zwei Gastspiele veranstaltet werden, deren Ertrag Kriegswohlfahrtszwecken überwiesen wurde. Als Sondervorstellung außerhalb des Rahmens der eigentlichen Spielzeit wurde eine Aufführung zugunsten der Unterstützungskassen des Deutschen Bühnenvereins und der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger veranstaltet. Als Volksvorstellungen zu ganz kleinen Preisen fanden in der vergangenen Spielzeit 19 Aufführungen statt. An Sonnabend Nachmittagen wurden 14 Schüleraufführungen zu bedeutend ermäßigten Preisen gegeben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180719-17/fragment/page=0006